



# stadt:pilot 06



Ausgabe 6 | Oktober 2011

- ▶ Wo Sport Quartiere fit macht: Berlin-Hohenschönhausen
- ▶ Wie Wettbewerbe Bauherren und Stadt stärken: Rostock
- ▶ Wenn Entwicklungsprozesse stocken: Pforzheim

**Nationale Stadtentwicklungspolitik:  
Eine Gemeinschaftsinitiative von  
Bund, Ländern und Gemeinden**

Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen  
Wohnen Stadt Land [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de) Verkehr Mobilität Bauen Wohnen  
Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität

Aus Gründen der Lesegewohnheit und der sprachlichen Vereinfachung wird bei Personen die männliche Substantivform verwendet, wenn keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich ist. Gemeint sind immer beide Geschlechter.



# Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser, Betroffene zu Beteiligten machen – so lautet mein Motto sowohl für Verkehrsinfrastrukturprojekte als auch für Maßnahmen der Stadtentwicklung. Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einzubinden, bringt neue Ideen, bessere Ergebnisse und erhöht die Akzeptanz von Baumaßnahmen und Projekten aller Art. Die Gestaltung unserer Städte und Gemeinden geht jeden Einzelnen

von uns an. Im Rahmen der von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragenen Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützen wir daher Pilotprojekte, die eine Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure fördern. Ein in diesem Sommer gestarteter Projektaufruf zum Thema Bürgerbeteiligung hat zu 230 Anträgen geführt. Ich bin beeindruckt von den guten Ideen und Ansätzen, die dabei präsentiert worden sind.

Ich habe immer betont, dass wir neue Formen bürgerschaftlicher Teilnahme brauchen. Deswegen freue ich mich, in den nächsten eineinhalb Jahren Projekte unterstützen zu können, in denen innovative Beteiligungskonzepte entwickelt werden. Neben den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bieten auch Bürgerstiftungen Möglichkeiten der Mitgestaltung. Für sie haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal einen eigenen Preis ausgelobt. In dieser Ausgabe des Magazins „stadt:pilot“ wird die Bandbreite des Engagements gezeigt: Stadtverwaltungen und Architektenkammern, Universitäten und Sportvereine, Genossenschaften und Vereine, professionell und ehrenamtlich Engagierte – die Akteurslandschaft ist ebenso vielfältig wie die Aufgaben, die es in unseren Städten zu lösen gilt. Wenn es gelingt, Bündnisse zwischen den beteiligten Akteuren zu schmieden, dann ist das schon ein großer Schritt in Richtung Projekterfolg.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist eine Plattform für den Austausch all dieser Akteure. Aus den Ideen und Aktivitäten Anderer lassen sich Anregungen für eigene Vorhaben gewinnen. Diesen Gedanken wollen wir auch mit dem 5. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik fördern – damit noch mehr, von der Entwicklung unserer Städte und Gemeinden Betroffene zu Beteiligten werden.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Peter Ramsauer'.

Dr. Peter Ramsauer MdB  
Bundesminister für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung



AKZENT Abschlusstreffen.

## Bewohnerengagement unterstützen!

### Niedersächsischer Appell verabschiedet

Dass kontinuierliches Engagement der Bewohner gerade in benachteiligten Stadtteilen wünschenswert ist, steht außer Frage. Dabei werden durchaus hohe Anforderungen an die ehrenamtlich Aktiven gestellt: Rasche Einarbeitung in komplexe Sachverhalte der Stadtentwicklung und die Fähigkeit zur Selbstorganisation gehören beispielsweise dazu. Das Pilotprojekt AKZENT hat sich in den vergangenen Jahren mit dem Engagement von Bewohnern benachteiligter Quartiere in Niedersachsen auseinandergesetzt. Zentrale Fragen waren: Wie können Bewohnergruppen unterstützt werden, wo bedarf es der gezielten Beratung und Weiterbildung, und welche Rahmenbedingungen braucht das Engagement, um zum Erfolg zu führen? Ein Ergebnis dieser Arbeit ist der Niedersächsische Appell, der von den beteiligten Bewohnerinitiativen verabschiedet wurde.

#### Der Wortlaut im Auszug:

Wir Bewohnerinnen und Bewohner appellieren an Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft:

1. Unser Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir engagieren uns für unsere Wohngebiete/Stadtteile. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung von Städten und Gemeinden und erwarten von diesen Unterstützung.
2. Wir benötigen Unterstützung, um uns und anderen helfen zu können. Unser Engagement braucht Räume, Austausch, Qualifizierung, Zeit und öffentliches Gehör, um wirken zu können. Hierfür müssen Ressourcen – auch finanzieller Art – in den Wohngebieten/Stadtteilen bereitgestellt werden.
3. Unser Engagement ist freiwillig und von unserem Interesse und dem der anderen Bewohner/innen bestimmt. Wir können und wollen nicht die Aufgaben Hauptamtlicher übernehmen und damit ihre Arbeit ersetzen. Wir wollen nicht Kommunen, Land und Bund aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern unsere eigenen Interessen und Ziele in die Entwicklung der Wohngebiete/Stadtteile einbringen.
4. Stärkt unsere Unterstützer/innen und schafft Planungssicherheit. Ohne hauptamtlich tätige Sozial- und Gemeinwesen-arbeiter/innen kann freiwilliges Engagement vor Ort nicht aufgebaut und aufrechterhalten werden. Hauptamtliche Strukturen müssen kontinuierlich abgesichert werden und dürfen nicht mit wiederkehrender Regelmäßigkeit infrage gestellt werden.
5. Nehmt uns und unsere Interessen als Bewohner/innen wahr. Wir wollen ernst genommen werden, denn unsere Interessen als Bewohner/innen sind berechtigt und wichtig. Bundes- und Landesprogramme, wie z. B. die Soziale Stadt, helfen uns, gehört zu werden und gemeinsam unsere Wohngebiete/Stadtteile lebenswerter zu machen.
6. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit Wohnungsbeständen. Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände, kurzfristige Eigentümerwechsel und Vernachlässigung von Wohngebieten gefährden das Zusammenleben und das Bewohnerengagement im Stadtteil. Hier müssen Politik und Verwaltung verantwortungsvoll handeln und ebenso verantwortungsvolles Handeln der Eigentümer nachdrücklich einfordern.

Der gesamte Appell sowie weitere Informationen zum Pilotprojekt AKZENT können unter [www.akzent-setzen.de](http://www.akzent-setzen.de) abgerufen werden.

## Mannheim: Neuer Freiraum fürs Quartier



Planungsworkshop.

Neue und verbesserte Wegebeziehungen, beschattete Sitzgelegenheiten und Spielgeräte, Kletterpark, Matschtisch und Trampolin: Das alles gehörte zu den dringendsten Wünschen, die etwa 70 Kinder, Jugendliche und Erwachsene für das Freizeitgelände Werftstraße im Mannheimer Jungbusch äußerten. Nachdem hier 2009 die „Turnhalle Plus X“ – ein markanter Bau mit Bolzplatz auf dem Dach – eingeweiht worden war, wurde es nötig, die vielfältigen Nutzungen auf dem stark besuchten und beanspruchten Areal neu zu ordnen. Zu den Grundideen des Pilotprojekts „vkm – Verbindungskanal Mannheim“, das im Jungbusch beheimatet ist, gehört der Anspruch, Kooperationen zur Entwicklung des Quartiers anzustoßen. Selbstverständlich galt dies auch für die Gestaltung der Freifläche. Im Vorfeld wurden die Nutzer des Geländes

im Rahmen von Erkundungen, einem ganztägigen Planungsworkshop und Kleingruppenplanungen intensiv beteiligt. Dann ging's an die Umsetzung: Über den Sommer wurde gebaut und gewerkelt – einschließlich Mitmachbaustelle. Zusammen mit dem Quartiersmanagement und der städtischen Beauftragten für Kinderinteressen wurden Patenschaften für Teilbereiche des Platzes begründet und nachbarschaftliche Aktivitäten wie der Sommer-Spiele-Kiosk ins Leben gerufen. Am 11. November 2011 ist es dann offiziell soweit: Markus Roeingh, Fachbereichsleiter für Grünflächen und Straßenbetrieb, übergibt die neu gestaltete Grün-, Spiel- und Freifläche an die Bewohnerschaft. Die ist bereits neugierig darauf, wie ihre Wünsche Realität geworden sind.

## Was macht eigentlich der ... Bildungsverbund Gropiusstadt



Entwurfspräsentation zur Zukunft der Gropiusstadt.

„Der Bildungsverbund Gropiusstadt lebt“, sagt Eduard Heußen enthusiastisch. Die Berliner Großwohnsiedlung mit 18.500 Wohnungen gilt seit den 1980er-Jahren als sozialer Brennpunkt. Gebietsaufwertung durch Vernetzung und Öffnung der Bildungseinrichtungen im Quartier: So lässt sich die Grundidee des Verbundes zusammenfassen, den Heußen seit 2007 koordiniert.

Als die Förderung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik auslief, hatte hier gerade das Schuljahr 2009/2010 begonnen und damit die Verstetigungsphase des Vorhabens. Nach zwei Schulmessen vor Ort hatten die Schulen gelernt, sich im Quartier zu „verorten“, ihre Gebietsverankerung zu definieren und zu verbessern. Erste konkrete lokale Standortkooperationen von Bildungseinrichtungen entstanden, deren Ziel die Schaffung von Kommunikationszentren mit Dorfplatzcharakter für das

Quartier war. Lehrerteamarbeit und Jahrgangsteams sollten die Vernetzung der Einrichtungen weiter fördern.

Dass die Basis eines funktionierenden Bildungsverbundes arbeitsfähige Schulen und Kitas sind, wissen die Gropiusstädter. Deswegen ist die Entwicklung der einzelnen Bildungseinrichtungen weiterhin wichtiges Standbein der Arbeit. Überzeugen kann man sich davon jährlich im Oktober bei der Schulmesse im Quartier.

Der Bildungsverbund kümmert sich auch um die Zukunft der Schülerinnen und Schüler: Beim Förderprogramm BIWAQ (Bildung Wirtschaft Arbeit im Quartier) des BMVBS wurde der Projektvorschlag „Zukunftsakademie Gropiusstadt“ ausgewählt. Ein schulübergreifendes Übergangsmanagement soll die Berufsfähigkeit der Sekundar- und Gemeinschaftsschüler der Gropiusstadt verbessern. Irgendwann, so die Vision, soll das ganze Quartier ein neues Gesicht haben: Im August wurden erste Ideen für das Projekt „Campus Efeuweg – Modell(e) für eine neue Gropiusstadt“ vorgestellt. Das Vorhaben läuft noch bis 2012 – dem Jahr, in dem die Gropiusstadt 50 Jahre alt wird. Mit Professoren und Studierenden der TU Berlin und der Bauhaus-Universität Weimar werden neue Ansätze für einen richtungweisenden Campus für Bildung, Sport und Freizeit rund um den Efeuweg entwickelt. Erste Aussagen: „Zäune sind gut – denn wir gärtnern selbst!“, „Grenzgänger – Raum für Sport und Sportgeräte“, „Der Pier – eine Brücke wird zum Stadtraum“. TU-Professor Jörg Stollmann meint: „Warum nicht die Synergien von Bildungsarbeit und Stadtentwicklung nutzen und mit den Kindern und Jugendlichen vor Ort beginnen?“

### Drei Zwischenergebnisse:

1. Verstetigung braucht starke Partner
2. Beteiligung bringt bessere Ergebnisse
3. Erfolg steht gut auf mehreren Beinen

# Von der guten Praxis vor Ort lernen

## Stadtentwicklungsprozesse aus der Sicht des Bundes

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist Initiator und wichtiger Impulsgeber der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Warum die Erprobung von innovativen Ansätzen in den Pilotprojekten vor Ort auch für den Bund so wichtig ist, darüber spricht BMVBS-Ableitungsleiterin Oda Scheibelhuber.



Oda Scheibelhuber begutachtet innovative Projektideen.

Pilotprojekte sollen innovativ, beispielgebend und partnerschaftlich sein. Welchen Stellenwert hat das „Partnerschaftliche“ in den Pilotprojekten für Sie?

Stadtentwicklung ist auf die Zusammenarbeit vieler Akteure angewiesen. Eine gute Zusammenarbeit ist einer der Erfolgsfaktoren. Im besten Fall werden alle Akteure gleichberechtigt und umfassend – von der Planung bis zur Umsetzung und Überprüfung des Ergebnisses – einbezogen.

### »Kooperation ist eine Notwendigkeit, kein Sahnehäubchen«

Vielseitige Ideen, neue Allianzen – das steigert die Qualität von Projekten und erhöht ihre Akzeptanz und Breitenwirkung. Nicht Ideologie, sondern das Interesse am Projekterfolg hat uns veranlasst, diese kooperative Komponente der Pilotprojekte zu betonen und einzufordern. Ich sage Ihnen ganz klar: Kooperation ist eine Notwendigkeit, kein Sahnehäubchen.

Welche Erwartungen, neben dem partnerschaftlichen Ansatz, haben Sie noch an die Pilotprojekte?

Neue Ideen, neue Instrumente, neue Strategien für die Stadtentwicklung entstehen am besten in der Praxis und werden an konkreten Problemstellungen erprobt. Deshalb haben wir die Projektreihe „Stadt und Urbanität“ entwickelt. Über die Pilotprojekte haben wir einen direkten Draht in die Kommunen. Sie liefern uns genaue Hinweise darauf, mit welchen Problemen

die Akteure konfrontiert sind und welche innovativen Lösungsansätze existieren. Es kommt darauf an, diese Lösungsansätze bekannt zu machen, damit sie auf andere Städte übertragen werden können. Aus meiner Zeit als Kommunalpolitikerin weiß ich: Das Lernen vom guten Beispiel ist ganz, ganz wichtig.

Das leuchtet ein – aber wie kann das praktisch funktionieren? Nehmen wir das Pilotprojekt „koopstadt“. Drei Städte – Bremen, Leipzig, Nürnberg – haben sich zusammengetan, um in einem intensiven Arbeits- und Austauschprozess voneinander zu lernen. Gute Ideen gibt es in jeder Stadt, aber nicht jede Stadt muss das Rad neu erfinden. Oder die Wächterhäuser. Ebenfalls ein Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, das zuerst in Leipzig erprobt wurde und mittlerweile in einer ganzen Reihe von ostdeutschen Städten praktiziert wird.

### »Voneinander zu lernen hilft auch in der Stadtentwicklung«

Stichwort „gute Ideen“ – wie finden die Ergebnisse der Pilotprojekte eigentlich Eingang in die Arbeit Ihres Hauses? Selbstverständlich schauen wir uns die Ergebnisse sehr genau an. Manche Verbesserung unserer Instrumente, Arbeitsweisen und Förderprogramme wurde durch die Ergebnisse der Pilotprojekte angeregt. Noch wichtiger ist aber die Frage: Wie werden die Ergebnisse in den Kommunen aufgenommen? Wir wollen, dass viele Städte die positiven Ergebnisse der Projekte für sich nutzen können. Die Erfahrungen sind ja nicht nur für den Bund interessant, sondern für alle Akteure der Stadtentwicklungspolitik in den Ländern und Kommunen.

Sie haben auf Basis eines erneuten Aufrufs gerade Pilotprojekte zum Thema Bürgerbeteiligung ausgewählt. Was war der Anlass, das verstärkt in den Vordergrund zu rücken? Das Thema „Bürgerbeteiligung“ ist hochaktuell – auf allen politischen Ebenen. Jeder spürt, dass es immer wichtiger wird, Kräfte zu bündeln und gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten. Das zeigen auch die vielen eingereichten Projektideen. Bürger bringen vielseitige und lebensnahe Ideen ein. Sie sind die besten Experten ihres eigenen Lebensumfeldes. Das ist ja nicht nur ein Thema der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wir betonen Beteiligungsansätze an vielen Stellen. Dabei machen wir eine interessante Beobachtung: Derzeit entstehen viele neue, teilweise sehr innovative Formen der Bürgerbeteiligung.

## »Auch kurzzeitiges Engagement muss möglich sein«

Neben dem langfristigen Ehrenamt, das von höchster Bedeutung ist, etwa bei der freiwilligen Feuerwehr oder in der Kirchengemeinde, gibt es einen Trend zur problem- oder anlassbezogenen Beteiligung. Auch solches Engagement, das nur für einen kurzen Zeitraum läuft, z. B. wenn Eltern helfen, die Außenanlagen der Kita ihres Kindes herzurichten, wollen wir unterstützen. Von den neuen Pilotprojekten erhoffen wir uns aber auch konkrete Antworten darauf, wie die Bürgerbeteiligung bei Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung weiter verbessert werden kann. Und natürlich wollen wir innovative Formen der Bürgerbeteiligung auch stärker bekannt machen.

Gehört dazu auch die Unterstützung von Bürgerstiftungen, z. B. durch den erstmals ausgelobten Bürgerstiftungspreis? Ja, unbedingt. Stiftungen und insbesondere die Bürgerstiftungen sind in Deutschland im Aufwind. Das können wir auch für die Stadtentwicklung nutzen. Ich beschäftige mich schon sehr lange mit Stiftungen. Ich bin fasziniert von der Kraft für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die von diesen Stiftungen ausgeht. Bürgerstiftungen bieten jedem die Möglichkeit, sich zu engagieren – unabhängig vom Vermögen. Wir möchten, dass neben Themen wie „Umwelt“ oder „Soziales Engagement“ auch die Stadtentwicklung noch stärker in den Fokus dieser Stiftungen rückt. Sich für die Belange der Stadt und die Gestaltung der eigenen Heimat zu engagieren, ist schließlich ein besonders nobler Stiftungszweck. Deshalb haben wir auch erstmals den Bürgerstiftungspreis ausgelobt, mit über 70 Einreichungen. Ich bin sehr beeindruckt von allen beteiligten Stiftungen: Dort wird sehr innovativ, sehr ehrgeizig und gleichzeitig sehr „geerdet“ gearbeitet.

Was muss passieren, damit erfolgreiche Ansätze und unkonventionelle Lösungen aus den Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in den Alltag der Stadtentwicklung Eingang finden?

Da sind sehr weitreichende Veränderungen in der politischen Kultur notwendig. Vor allem muss Verwaltung auf Anregungen von außen reagieren. Gerade in Bezug auf Bürgerbeteiligung bedeutet das auch, ein Stück mehr Risikofreudigkeit zu entwickeln. Wenn ich „Teilhabe“ ernst nehme, dann muss ich mich auch auf Ideen einlassen, die nicht aus der Verwaltung kommen.

## »Mut zu Neuem wird mit mehr Handlungsspielraum belohnt«

Heißt das, dass die politisch Verantwortlichen einer Stadt auch den Mut zum Konflikt haben müssen?

Ja, man muss versuchen, auch konflikthafte Ansätze zuzulassen. Dann kann man natürlich auch scheitern. Aber wenn Sie immer nur Dinge anfangen, von denen Sie sicher wissen, dass diese

später als Erfolg verbucht werden können, dann ist Ihr Handlungsspielraum sehr, sehr klein. Wichtig ist, die Dinge nicht einfach laufen zu lassen. Man muss sie intensiv begleiten, dann wird der Mut zu Neuem auch mit mehr Handlungsspielraum belohnt.

Seit dieser Legislaturperiode gibt es erstmals ein Städtebauförderungsprogramm, das sich besonders an kleinere Städte und Gemeinden richtet. Warum?

Viele Aufgaben stellen sich in großen genauso wie in kleinen Städten: Die Bewahrung einer lebenswerten Umwelt, die Stärkung der Wirtschaft, die Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort oder der soziale Zusammenhalt. Das BMVBS kümmert sich um große und kleine Städte. Das war schon bisher Praxis der Städtebauförderung. Aber gerade peripher gelegene, ländlich geprägte Gemeinden haben besondere Aufgaben zu bewältigen. Hier setzt unser neues Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ an, mit dem wir eine große Anzahl von Gemeinden unterstützen, die bei diesem Thema erfolgreich mit anderen Gemeinden oder ihrem Umland zusammenarbeiten.

## »Die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg ist auf dem Vormarsch«

Die Städte und ihr Umland gehören zusammen – das wird auch in vielen Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik berücksichtigt. Wir unterstützen diese Zusammenarbeit und begrüßen sehr, dass immer mehr Kommunen hier inzwischen sehr weitsichtig handeln und über die Gemeindegrenzen hinweg eng zusammenarbeiten. Ich hoffe sehr, dass es schnell noch mehr werden.

Kooperation ist auch zentral für die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen. Wie wird das in der Praxis eingelöst?

Die Zusammenarbeit mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden ist sehr eng und vertrauensvoll. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet uns eine Plattform für den direkten Austausch und sichert uns den kurzen Draht zu unseren Partnern. Wir verstehen uns als gemeinsame Lobby für die Stadtentwicklung und können zusammen einiges bewegen. Deswegen möchte ich unseren Partnern ganz herzlich danken für die gute Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt: Unsere Städte profitieren davon.



Oda Scheibelhuber leitet seit Januar 2010 die Abteilung Raumordnung, Stadtentwicklung, Wohnen im BMVBS. Zuvor war sie u. a. Staatssekretärin im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Regierungspräsidentin in Kassel und Bürgermeisterin in Fulda.



# Oranke Open – ein Triathlon im Kiez

## Wie Sport die Entwicklung von Quartieren fördern kann

Der idyllische Orankesee, mitten im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen gelegen, ist einmal im Jahr Ort einer besonderen Veranstaltung: Dann findet hier der sozialintegrative Triathlon „Oranke Open“ statt. Schwimmen, Rad fahren, laufen – das sportliche Kräfteressen zieht ambitionierte Freizeitsportler und durchtrainierte Sportstudenten, vor allem aber viele Familien, Kinder und Jugendliche ins Strandbad. Auffällig auch: Viele Menschen mit Behinderungen, teils im Rollstuhl sitzend, nehmen am Wettkampf teil. An diesem Tag treffen viele verschiedene Menschen aufeinander, die in ihrem Alltag nur wenig Berührungspunkte haben.



Heterogene Bebauung prägt den Kiez.

Und genau das ist eines der Ziele, die das Pilotprojekt „Sozialintegrativer Triathlon – Oranke Open“ erreichen möchte. Hohenschönhausen ist Wohnort von fast 100.000 Menschen und besteht aus mehreren Quartieren, die unterschiedlicher nicht sein könnten: Während in Alt-Hohenschönhausen eine stark gemischte Bebauung mit Einfamilien- und Mehrfamilienhäusern vorherrscht, besteht Neu-Hohenschönhausen im Wesentlichen aus Plattenbauten. Dazwischen: Kleingartenkolonien, Einkaufszentren, breite Verkehrsachsen, wenig Räume für Begegnung. Ähnlich kontrastreich die Sozialstruktur der Bewohner: Große Unterschiede lassen sich beispielsweise hinsichtlich Einkommen und Ausbildung ausmachen. Besonders besorgniserregend ist die vor allem in Neu-Hohenschönhausen weit überdurchschnittlich hohe Kinderarmut.

### Wettkampf als Aushängeschild

Prof. Dr. Sebastian Braun ist Leiter der Abteilung Sportsoziologie an der Humboldt-Universität Berlin und hat sich für das Pilotprojekt starkgemacht. Er erinnert sich an den Anstoß zum Projekt: „Wir haben zum einen beobachtet, dass die Quartiere in Hohenschönhausen durch sehr unterschiedliche Bevölkerungsgruppen

geprägt sind, die praktisch keinen Kontakt untereinander haben. Und zweitens haben wir festgestellt, dass es in Hohenschönhausen mit seinem überwiegenden Anteil älterer Bewohner zu wenig Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche gibt.“ So entstand die Idee des sozialintegrativen Triathlons. Die Projektpartner Humboldt-Universität, das Bezirksamt Lichtenberg, zuständig für den Stadtteil Hohenschönhausen, und der Sportverein Pfeffersport e. V. haben sich drei Ziele gesetzt: Sie wollen den sozialen Zusammenhalt der Bewohner stärken, die Identifikation insbesondere jüngerer Bewohner mit dem Stadtteil erhöhen und die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche im Bereich Gesundheitsförderung verbessern. Es versteht sich von selbst, dass sich das nicht mit einem einmal im Jahr stattfindenden Wettkampftag verwirklichen lässt. „Der Triathlon selbst ist eigentlich nur unser Aushängeschild“, erklärt Katharina Prchal, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität, „entscheidend ist die kontinuierliche Arbeit über das ganze Jahr hinweg.“ Und da sind die Projektträger auf vielen Ebenen aktiv. Zum Beispiel beim Aufbau eines Netzwerks, das schrittweise immer mehr Verantwortung für den Triathlon übernehmen kann. Noch sind es die Initiatoren, die die wesentlichen Treiber des Projekts sind. Aber in nicht allzu ferner Zukunft werden sie sich zurückziehen – ganz im Sinne des Triathlons, der ja eine Einrichtung von Stadtteilakteuren für Stadtteilakteure sein soll.

### Bewegung und Gesundheit für alle im Kiez

Für Kinder, Jugendliche, Behinderte und Nichtbehinderte muss es kontinuierliche Angebote geben, wenn man sie dauerhaft erreichen will. So wurden Kontakte zu den Vereinen, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen in den Quartieren hergestellt. Hier



bieten Sportstudenten der Humboldt-Universität und Übungsleiter von Pfeffersport Kurse rund ums Thema „Sport und Gesundheit“ an, bei denen man ganz nebenbei auch etwas über seinen Stadtteil erfahren kann – niedrigschwellig und ohne erhobenen pädagogischen Zeigefinger. „Die Mädchen sind immer ganz aufgeregt, wenn die Studentinnen kommen.“ sagt Malaika Moritz vom Mädchensportzentrum Pia Olymp. „Dann stehen sie mit ihren Turnbeuteln da und warten nur darauf, dass es rüber in die große Halle geht.“ Auf Fahrradtouren u. a. zum Orankesee erkunden sie das Gebiet, in dem sich für die meisten ein Großteil ihres Alltags abspielt. Für viele Kinder ist das Sportzentrum am Nachmittag ein Anlaufpunkt. Hier können sie Trendsportarten wie Waveboard fahren, Cheerleading oder eben Triathlon ausprobieren, für die sonst das Geld fehlt. „Die Kinder sind gut aufgehoben, und die Eltern haben ihre Ruhe“, sagt Malaika Moritz und weist damit auf die Auffangfunktion des Sportzentrums hin. Dass das Angebot so gut bei den Kindern ankommt, liegt an der Vorbildfunktion der jungen Sportstudenten. „Man spürte von Anfang an, dass die Kinder und Jugendlichen froh waren, von uns Sportstudenten unterrichtet zu werden“, findet Maik Berger, der sich als Student und Leistungssportler beim Triathlon engagiert. „Obwohl es in Hohenschönhausen ein großes Sportangebot gibt, kann dies nicht

von allen Personengruppen genutzt werden. Vielen fehlt schlicht das Geld. Es ist so wichtig, den Kindern und Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen und sie für etwas zu motivieren“, erklärt er seine Beweggründe. In diesem Jahr fand der Triathlon bereits zum dritten Mal statt, das Netzwerk stabilisiert sich und die Angebote für Kinder und Jugendliche finden mehr und mehr Zulauf. Katharina Prchal ist zuversichtlich, dass sich der Triathlon als feste Veranstaltung im Stadtteil etablieren wird. Auch wenn es anfangs nicht einfach war, alle notwendigen Akteure von der Idee zu überzeugen, zeigt sich inzwischen, dass es richtig war, auf lokale Ressourcen zu setzen. Und auch die Verwaltung muss mitspielen, nicht als Umsetzer, sondern als Ermöglicher. Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich, die selbst beim letzten Triathlon startete, steht hundertprozentig hinter dem Projekt, denn „das selbstverständliche Miteinander beim Triathlon von Menschen mit und ohne Handicap sucht seinesgleichen“. Als Verwaltungschefin sichert sie die Unterstützung aus den einzelnen Ressorts, Einrichtungen und Gremien der Bezirksverwaltung. Sport als Integrationsmotor im Stadtteil – beim Triathlon kann man erleben, wie das praktisch umgesetzt werden kann. An strahlenden Gesichtern der Triathleten am Orankesee lässt sich ablesen: Gemeinsames sportliches Wetteifern schweißt zusammen.

## Sportstätten und Stadtentwicklung

Sport in der Stadt war zuletzt auch Thema eines Forschungsfelds des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. In sieben anderen Modellvorhaben ging es u. a.

- ▶ um die Umgestaltung bestehender Sporteinrichtungen,
- ▶ um die Aufwertung wohnraumnaher Flächen für Bewegung und Sport,
- ▶ um die Integrationsarbeit von Sportvereinen und anderen Akteuren in sozial benachteiligten Quartieren,
- ▶ um bauliche oder sonstige Anforderungen an die Nutzung von Sporteinrichtungen
- ▶ und um die Rolle lokaler Sportvereine in diesem Prozess.

### Einige Ergebnisse:

- ▶ Eine stärkere Integration von Sport- und Stadtentwicklungsplanung ist möglich und nötig.
- ▶ Sportangebote werten städtische Quartiere auf und fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bedarfs- und nachfragegerechte Angebote und Angebotsqualitäten sind jedoch nötig, um diese integrative Wirkung zu erzielen.
- ▶ Demografischer Wandel zieht auch ein verändertes Sportverhalten nach sich, auf das die Sportentwicklungsplanung reagieren muss.
- ▶ Ein dialogischer Zielfindungsprozess sollte alle Akteure einbeziehen und auf

empirischen Analysen zum Angebot an Sportmöglichkeiten und zum Sportverhalten aufbauen.

- ▶ In der Stadtentwicklungsplanung wurden die Belange des Sports bisher vielfach als ein dem Bildungsbereich zugeordnetes, sektorales Thema behandelt. Strategische, partizipative, dialogische und projektbezogene Stadtteil- und Quartiersplanung eröffnet die Chance für eine stärkere Integration der Sportbelange in die querschnittsorientierten Stadtentwicklungsstrategien der Kommunen.

Quelle: BMVBS (Hg.), Sportstätten und Stadtentwicklung. Werkstatt:Praxis Heft 73, zu bestellen unter [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)

# Von Stuttgart nach Köln

## Was Kehrwoche und Karneval mit Bürgerbeteiligung zu tun haben

Von Christiane Kalka

Ich wusste, worauf ich mich einlasse – als gebürtiger Kölnerin fiel mir der Umzug von Stuttgart nach Köln vor einem halben Jahr und damit der Tausch von Kehrwoche zu Karneval nicht sonderlich schwer. Obwohl die Entwicklung des breiten Protestes gegen das bekannte Großprojekt in Stuttgart im letzten Jahr spannend zu beobachten war. Das darauf folgende Schlichtungsverfahren als neuartiges Format der Bürgerbeteiligung hat für viele zumindest die Informationslage zum Projekt verbessert – wenn auch zu einem späten Zeitpunkt.

In Köln konnte man kürzlich per Bürgerentscheid Ja oder Nein zu einem Infrastrukturprojekt sagen, ziemlich unbefriedigend angesichts der Komplexität des Vorhabens. Da mir die Möglichkeit fehlte, Argumente selbst zu verifizieren, verließ ich mich auf die Aussagen derer, denen ich in solchen Fragen sonst auch vertraue.

Was die zwei Verfahren ungeachtet aller Unterschiede gemeinsam haben? Sie stehen am Ende von langen formalen Planungsprozessen. Von Planungen, bei denen zum Zeitpunkt der öffentlichen Diskussion nicht mehr in Alternativen gedacht wurde, sondern wesentliche Entscheidungen bereits getroffen waren. Beteiligung gehört aber in das Zeitfenster, in dem eine (ergebnis-)offene Gestaltung durch Mitwirkung aller Interessierten noch möglich ist. Das setzt die grundsätzliche Bereitschaft der Akteure voraus, sich möglicherweise auf andere als die eigenen Vorstellungen einzulassen. Und es braucht Zeit: Zeit, Vertrauen zu schaffen und zu gewinnen. Zeit, Informationen zu vermitteln und aufzunehmen. Zeit, Ideen zu sammeln und zu entwickeln. Notwendig ist auch, alle dort abzuholen, wo sie stehen. In Folge einer immer stärker ausdifferenzierten Gesellschaft bringt jede und jeder von uns unterschiedlichste Voraussetzungen, Bedingungen und Interessen mit, die in Beteiligungsprozessen zu berücksichtigen sind: Alte, die sich noch jung fühlen, und Junge, die schon sehr erwachsen sind. Belesene und Unbelesene. Eloquente und Schweigsame. Sesshafte, die den größten Teil ihres Lebens am gleichen Ort wohnen, und Nomaden, die in regelmäßiger Wiederkehr den Wohnort wechseln müssen. Solche,



die viel Zeit haben, und andere, die aufgrund beruflicher oder familiärer Verpflichtungen gar keine Zeit haben. Und natürlich gibt es die grundsätzlich Engagierten und diejenigen, die sich nur für das interessieren, was in ihrem Hinterhof stattfindet.

In der Vielfalt liegt die Herausforderung, aber auch die Chance von Beteiligung: die Möglichkeit, Prozesse mehrdimensional zu gestalten und einen Mehrwert für das Ergebnis zu generieren. Dass man dabei nie alle erreicht, ist klar. Umso mehr muss es darum gehen, noch stärker differenzierte Formate für Beteiligung, Mitwirken und Mitgestalten zu entwickeln, auszuprobieren, zu etablieren und vielleicht auch wieder zu verwerfen, um möglichst vielen die Option zu öffnen, sich an der Stadt,

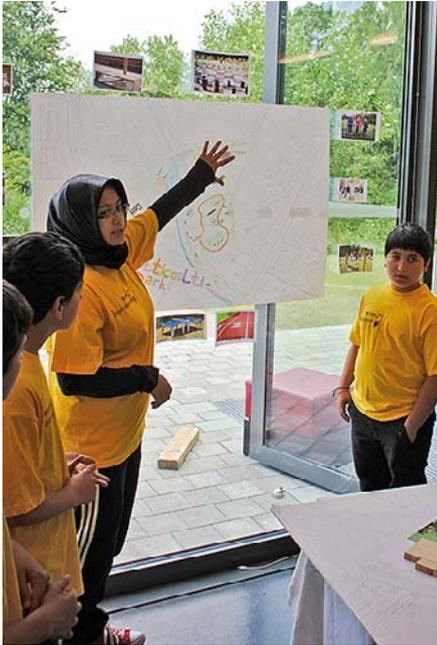
ihrer Gestalt und Gestaltung zu beteiligen.

Nicht nur bei den neuen Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklung geht es um das Thema „Bürgerbeteiligung“: Beim Wettbewerb für junge Planer „Tatort Stadt – Ideen zur Stadtentwicklung“ entwickelten Studierende und Absolventen unter dem Motto „mitMACHEN – neue Wege für die Beteiligung der Öffentlichkeit“ Instrumente und Strategien zum Thema. Gesucht wurden sowohl Ideen für eine möglichst umfassende Bürgerbeteiligung als auch solche, die sich explizit um diejenigen bemühen, die nicht zu den „üblichen Verdächtigen“ in Beteiligungsprozessen gehören.

Und was haben Kehrwoche und Karneval mit der Bürgerbeteiligung an Stadtentwicklungsprozessen zu tun? Beides sind Ereignisse mit einer Wirksamkeit im öffentlichen Raum: Gemeinsame Putzaktionen können Bürger für ihr Quartier aktivieren und damit das Engagement vor Ort stärken. Im Karneval wird die Straße zur Bühne, für das Feiern, die (Selbst-)Darstellung und auch für das Vortragen von Kritik. Kommunikation gehört hier wie dort wesentlich dazu.

Wer kehrt, der entstaubt so manche Ecke und schafft damit Platz für Neues. Wer Karneval feiert, der steht zunächst vor der Entscheidung, aus der Vielzahl an Möglichkeiten ein geeignetes Kostüm zu wählen. In der Beteiligung ist beides gefragt – die Offenheit für die Vielfalt und für das Neue.

## „Your Place – Dein Platz. Deine Chance. Deine Zukunft. Dein JOB.“: Multicooltipark in Hamburg-Wilhelmsburg



Gemeinsam planen lernen.

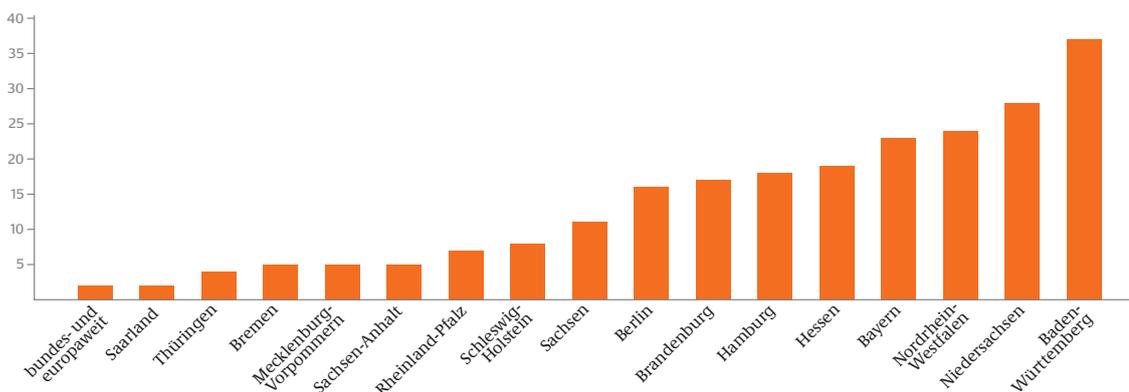
Dreizehn Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 17 Jahren haben in monatelanger Arbeit Ideen für eine Freifläche entwickelt, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum neuen Kirchdorfer Haus der Jugend liegt. Der Neubau ist eines der vielen IBA-Projekte in Hamburg-Wilhelmsburg – der Ortsteil Kirchdorf ist geprägt von einem hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Die schlechten Chancen der hiesigen Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt und die sozialen Spannungen verstärken sich gegenseitig. Das von der IBA geförderte und von Nexthamburg durchgeführte Beteiligungsverfahren hatte daher noch ganz andere Ziele als die Abfrage von Nutzungswünschen und Gestaltungsvisionen: Die soziale Kompetenz der Teilnehmer sollte gestärkt werden. „Empowerment“ heißt ein solcher Prozess in der Gemeinwesenarbeit. Unter Anleitung von zwei Betreuern wurde konzentriert und gemeinsam auf ein Ziel hingearbeitet, diskutiert und zugehört, es wurden Argumente ausgetauscht und eigenständig Informationen gesammelt – und das zweimal die Woche für mehrere Stunden. Eine kleine Aufwandsentschädigung vermittelte den Teilnehmern noch stärker das Gefühl, dass diese Arbeit etwas wert ist. „Ganz beeindruckend war der letzte Schritt“, schreibt der Wilhelmsburger Inselrundblick. Da nämlich wurden die Analysen und Ideen gemeinsam präsentiert – mit selbstgebaudem Modell und strahlenden Gesichtern. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte soll nun weiter planen – und die Ideengeber werden ganz genau hinschauen, was aus ihren Wünschen wird.

Mehr: [www.nexthamburg.de/nextwilhelmsburg](http://www.nexthamburg.de/nextwilhelmsburg)

## Neue Ideen zur Bürgerbeteiligung: Projektaufruf stößt auf große Resonanz

Fast 230 Bewerbungen gab es auf den Projektaufruf zur Bürgerbeteiligung, den das BMVBS im Juli veröffentlicht hatte. Die Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik reagierten mit der Suche nach neuen Projekten auf die Herausforderungen, die sich an der Schnittstelle von klar artikuliertem Mitgestaltungs- und Mitspracherecht der Bürger und immer komplexer werdenden Planungsprozessen ergeben. Interessant sind dabei Fragen wie: Funktioniert Bürgerbeteiligung wirklich nur, wenn die individuelle Betroffenheit groß genug ist? Ist sie eine Domäne artikulierter, medienaffiner Bürger? Oder lassen sich alle Gruppen der Stadtgesellschaft integrieren? Vor allem aber: Welcher Einfluss wird tatsächlich auf welche Inhalte möglich? Wie entfaltet Bürgerbeteiligung tatsächlich nachhaltige Wirkung für die Stadtentwicklung? 15 neu ausgewählte Pilotprojekte erhalten ab Januar

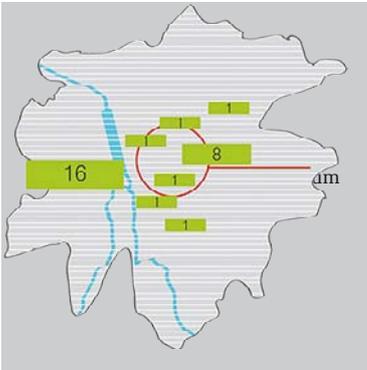
2012 für eineinhalb Jahre Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, um sich dieser Herausforderung zu stellen: Geld ebenso wie programmatische Begleitung und Gelegenheit zu Debatte und Austausch. Beteiligungsverfahren für gesamtstädtische Leitbildprozesse wurden ebenso vorgeschlagen wie konkrete Projekte, die sich auf einzelne Gebäude oder öffentliche Räume beziehen. Der überwiegende Anteil der Einreichungen kam aus den Kommunen – nur vereinzelt stellten Energieerzeuger, private Investoren oder Wohnungsgesellschaften Konzepte vor. Die jetzt getroffene Auswahl berücksichtigt Gemeindegrößen ebenso wie die Dimension der jeweiligen Projekte, die Methodik der Beteiligung ebenso wie die Zielgruppen, die eingebunden werden sollen. *stadt:pilot 07* wird die neuen Pilotprojekte im Frühjahr genauer vorstellen.



Beteiligung am Projektaufruf nach Bundesländern  
Quelle: Urbanizers

# Machbares für Leipzig:

## Dreimal V – Machbarkeitsstudie untersucht lokale Designbranche



Verortungsschema der 35 befragten Designbüros in Leipzig.

Worauf beruht der wirtschaftliche Erfolg von Städten? Seit Richard Floridas Buch „The Rise of the Creative Class“ kennen wir die Antwort: Technologie, Talent und Toleranz sind die Zutaten des Erfolgsrezepts, das den Städten das Bestehen im globalen Wettbewerb sichert. Leipzig scheint einiges der berühmten drei Ts abbekommen zu haben. Die Kreativwirtschaft,

einst zartes Pflänzchen der lokalen Ökonomie, zählt zu den rasch wachsenden Wirtschaftssektoren der Stadt. Mit einer Teilgruppe davon – den Designunternehmen – hat sich das Pilotprojekt „DO/Industries“ eingehend beschäftigt. Zentrale Frage war, wie das kreative Potenzial im Sinne der Stadtentwicklung und Standortprofilierung ausgebaut werden kann. 35 ausgewählte Unternehmen wurden intensiv befragt, und auch die Bedarfe der Nachfrageseite, also der Abnehmer von Designleistungen, wurden ermittelt. Die Ergebnisse sind in einer kürzlich vorgelegten

Machbarkeitsstudie dokumentiert. Überraschendes Ergebnis: Eine räumliche Clusterung ist in Leipzig, wohl aufgrund des entspannten Immobilienmarktes, nicht gewünscht. Stattdessen gefragt: gemeinschaftlich organisierte Zugänge zu potenziellen Kunden. Um das zu bewerkstelligen, identifizieren die Autoren der Studie drei Vs, nämlich:

- ▶ Vernetzung der sehr kleinteiligen und heterogenen Leipziger Designszene,
- ▶ Vermittlung von Designdienstleistungen an entsprechende Abnehmer,
- ▶ Vermarktung von Designprodukten, z. B. durch Messen, Ausstellungen und einen gemeinsamen Internetauftritt.

Dies mündet in den Vorschlag, ein Kompetenzzentrum zu schaffen. Das könnte ein Ort sein, an dem Aktivitäten gebündelt werden und der gleichzeitig als Schaufenster für Design in die Stadt hinausstrahlt.

Noch fehlen die Gelder, um einen solchen Ort zu realisieren. Aber die durchweg positive Resonanz auf die Studie seitens der Designer und Kunden zeigt, dass die Machbarkeitsstudie den Weg in die richtige Richtung weist. 3 Ts plus 3 Vs – das kann die Erfolgsformel für den Designstandort Leipzig sein.

## Alte Messe neu gedacht



Alte Messe Leipzig.

Die Leipziger Alte Messe ist eines jener typischen Umbruchgelände, wie sie in vielen Transformationsstädten zu finden sind. Zeiten und Nutzungen überlagern sich in wilder Mischung: Altes ist noch nicht Geschichte, Heutiges irgendwie dazugekommen und Zukünftiges beginnt gerade. Und oft sind es genau diese Orte, die innovative Ideen freisetzen. Für die Alte Messe ist die Zukunft mit den Stichworten „Biotechnologie“ und „Regenerative Medizin“ verbunden. Schon heute sind hier einige bedeutende Forschungseinrichtungen angesiedelt. Das Pilotprojekt „BioCity Campus“ aber will noch mehr. Ein verbindender Campus soll entstehen, der Raum und Synergien für Wissenschaft und Wirtschaft der Biotechnologie bietet – und das in hoher städtebaulicher Qualität. Eine Machbarkeitsstudie, die in Kürze vorgelegt wird, erklärt, wie das Ziel erreicht werden kann.

### koopstadt

DO/Industries und der BioCity Campus gehören beide dem Pilotprojekt „koopstadt“, einem Projekt der Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg, an. Die drei Städte haben sich zusammengetan, um einen intensiven Austausch über Stadtentwicklungsprozesse in Gang zu setzen. Voneinander zu lernen – das wird bei koopstadt großgeschrieben. Und lernen lässt es sich am besten am konkreten Objekt: koopstadt hat sich eine Reihe von Einzelprojekten in den jeweiligen Städten vorgenommen, um so den konkreten Praxisbezug herzustellen. Das heißt: Auch die Leipziger Machbarkeitsstudien zur Kreativwirtschaft und BioCity Campus haben nicht nur einen lokalen Bezug. Durch ihre Zugehörigkeit zu „Projektfamilien“ von koopstadt werden sie gleichzeitig zu wichtigen Beiträgen in der Stadtentwicklungsdiskussion.

Mehr über das Gemeinschaftsprojekt der drei Städte in [stadt:pilot 07](#) im Frühjahr 2012

# Flexibilität für die Stadtentwicklungspolitik

## Standbein und Spielbein

Inhaltliche Stärke der Pilotprojekte ist der experimentelle Charakter und die Möglichkeit, Stadtentwicklungsfragen einmal ganz anders anzugehen. Die Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik versprechen sich von solchen Experimenten auch Hinweise auf eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente. Anlass genug, im Juni 2011 mit einer gezielten Befragung aller bisherigen Pilotprojekte das Thema Städtebauförderung etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Welche Rolle spielen die Förderprogramme für die Pilotprojekte? Und welche Beiträge können die Akteure aus den Projekten zur Gestaltung der Förderlandschaft beitragen? Schon die erste in der Befragung der Pilotprojekte ermittelte Zahl ist bemerkenswert: Bei ca. drei Vierteln aller auf einen konkreten Standort bezogenen Pilotprojekte gibt es einen Zusammenhang mit der Städtebauförderung – und zwar quer über alle laufenden Programme.

Vier typische Formen dieses Zusammenwirkens lassen sich unterscheiden: Ein Teil der Projekte wird zwar innerhalb eines Fördergebietes und in Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen umgesetzt, aber die Projektpartner arbeiten eher eigenständig und der Kontakt und der Informationsaustausch mit den Akteuren des Städtebauförderungsgebiets ist eher lose. Zum Beispiel versuchen sich an mehreren Standorten Träger von Pilotprojekten mit der Öffnung einzelner Objekte für alternative, auch temporäre Nutzungen, während parallel die Entwicklung des gesamten Gebiets betrieben wird. Wesentlich enger ist die Kooperation bei Projekten, die auf einer bereits laufenden Städtebauförderungsmaßnahme aufsatteln und diese ergänzen – z. B. bei Zusammenschlüssen von Eigentümern. Die häufigste Gruppe sind jedoch Pilotprojekte, die das

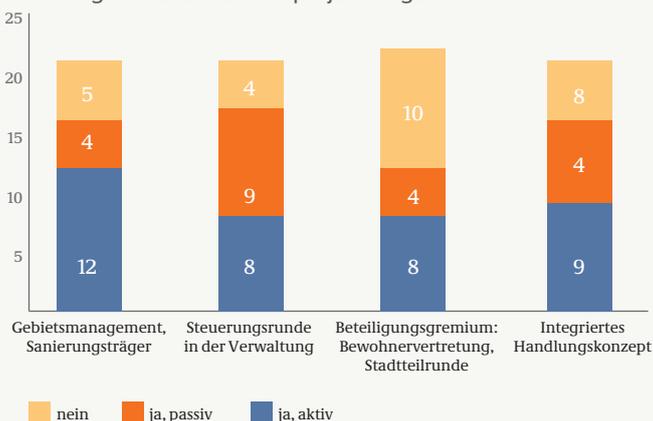
Fundament für eine spätere Umsetzung von Maßnahmen der Städtebauförderung legen. Hier werden Grundlagen, Projektideen oder Inspirationen geschaffen, in sechs Projekten waren die Pilotprojekte sogar eine Vorstufe zur Neuaufnahme in ein Städtebauförderungsverfahren.

Auch das oft geforderte Prinzip einer effizienten Ressourcenbündelung wird ernst genommen, denn häufig werden unterschiedliche Maßnahmen der Städtebauförderung unterschiedliche Elemente einer Gesamtmaßnahme.

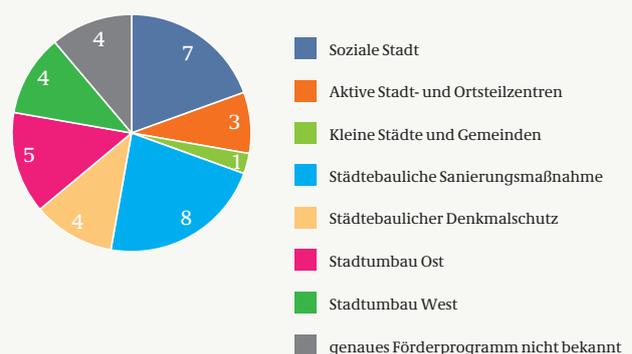
Das bewährte Vorgehen der Städtebauförderung und die innovativen Strategien der Pilotprojekte ergänzen sich also optimal: Die Pilotprojekte füllen Nischen, für die es oft keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gibt. Alternative Herangehensweisen und neuartige Verfahren können getestet werden. Kommunikation und Beteiligung über das Regellaß hinaus, nicht-bauliche Maßnahmen oder die Einbindung kultureller, wirtschaftlicher oder sozialer Ideen sind ebenfalls möglich. Die Städtebauförderung eröffnet inzwischen zwar ebenfalls größere Spielräume, doch ist sie stärker an erprobte und geregelte Vorgehensweisen und Förderbedingungen geknüpft. Gemeinsam ergänzen sie sich besonders wirkungsvoll.

Wie sehr die Städtebauförderung von den Akteuren der Pilotprojekte geschätzt wird, zeigen auch die vielen individuellen Kommentare und Anregungen zur Weiterentwicklung. Als Stärken der Städtebauförderung werden hier beispielsweise der gebietsbezogene und integrierte Ansatz, die hohe Akzeptanz und Sichtbarkeit in der Politik und in der Stadtöffentlichkeit sowie die Aktivierungswirkung auf die Bürger und auch auf private Investitionen genannt.

In welche organisatorischen Strukturen des Städtebaufördergebietes ist das Pilotprojekt eingebunden?



Zuordnung von Pilotprojekten zu Programmen der Städtebauförderung (Mehrfachnennungen möglich)



# Städtebauförderung in Zahlen

Der enge Zusammenhang von Städtebauförderung und Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist auf S. 13 beschrieben. Die Voraussetzung für die gemeinsamen Programme von Bund, Ländern und Gemeinden schuf das Städtebauförderungsgesetz vom 27. Juli 1971. Zunächst zielten die Maßnahmen auf die Stadterneuerung. In den letzten 40 Jahren wurden die Ziele differenzierter: Es geht um die Stärkung von

Innenstädten und Ortszentren in ihrer städtebaulichen Funktion, auch unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes, um die Herstellung nachhaltiger städtebaulicher Strukturen in von erheblichen städtebaulichen Funktionsverlusten betroffenen Gebieten sowie um städtebauliche Maßnahmen zur Behebung sozialer Missstände. stadt:pilot 06 präsentiert Zahlen aus der 40-jährigen Erfolgsgeschichte des Instruments und aus der Umfrage unter den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Gesamtsumme der vom Bund im Rahmen der Städtebauförderung von 1971 bis 2010 bereitgestellten Mittel: Ca.14 Milliarden €<sup>1</sup>

Anzahl aktuell an den Förderprogrammen teilnehmender Kommunen: 2.124  
„Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“: 258, „Kleinere Städte und Gemeinden“: 76, „Sanierung und Entwicklung“: 523, „Soziale Stadt“: 390, „Stadtumbau Ost“: 314, „Stadtumbau West“: 262, „Städtebaulicher Denkmalschutz“: 301<sup>1</sup>

Bundesfinanzhilfen im Programmjahr 2010 im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“: 76.855.500 €, „Kleinere Städte und Gemeinden“: 13.319.400 €, „Sanierung und Entwicklung“: 77.474.327 €, „Soziale Stadt“: 88.985.678 €, „Stadtumbau Ost“: 94.891.880 €, „Stadtumbau West“: 77.525.095 €, Städtebaulicher Denkmalschutz: 104.215.320 €<sup>1</sup>

Anteil der Großstädte an der Städtebauförderung 1971–2010 (in Klammern Anteil an der Bevölkerung im Jahr 2009): 28,7% (30,8%)<sup>1</sup>

Überwiegende Zustimmung zur Aussage „Das Pilotprojekt füllt Nischen, die mit der Städtebauförderung nicht abgedeckt werden können.“: 75%<sup>4</sup>

1 Million € Städtebauförderungsmittel führen zu einer Beschäftigung von 98 bis 217 Erwerbstätigen.<sup>3</sup>

In Programmgebieten der Städtebauförderung umgesetzte Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik: 55,3% (76,5% ohne nicht standortbezogene Projekte)<sup>4</sup>

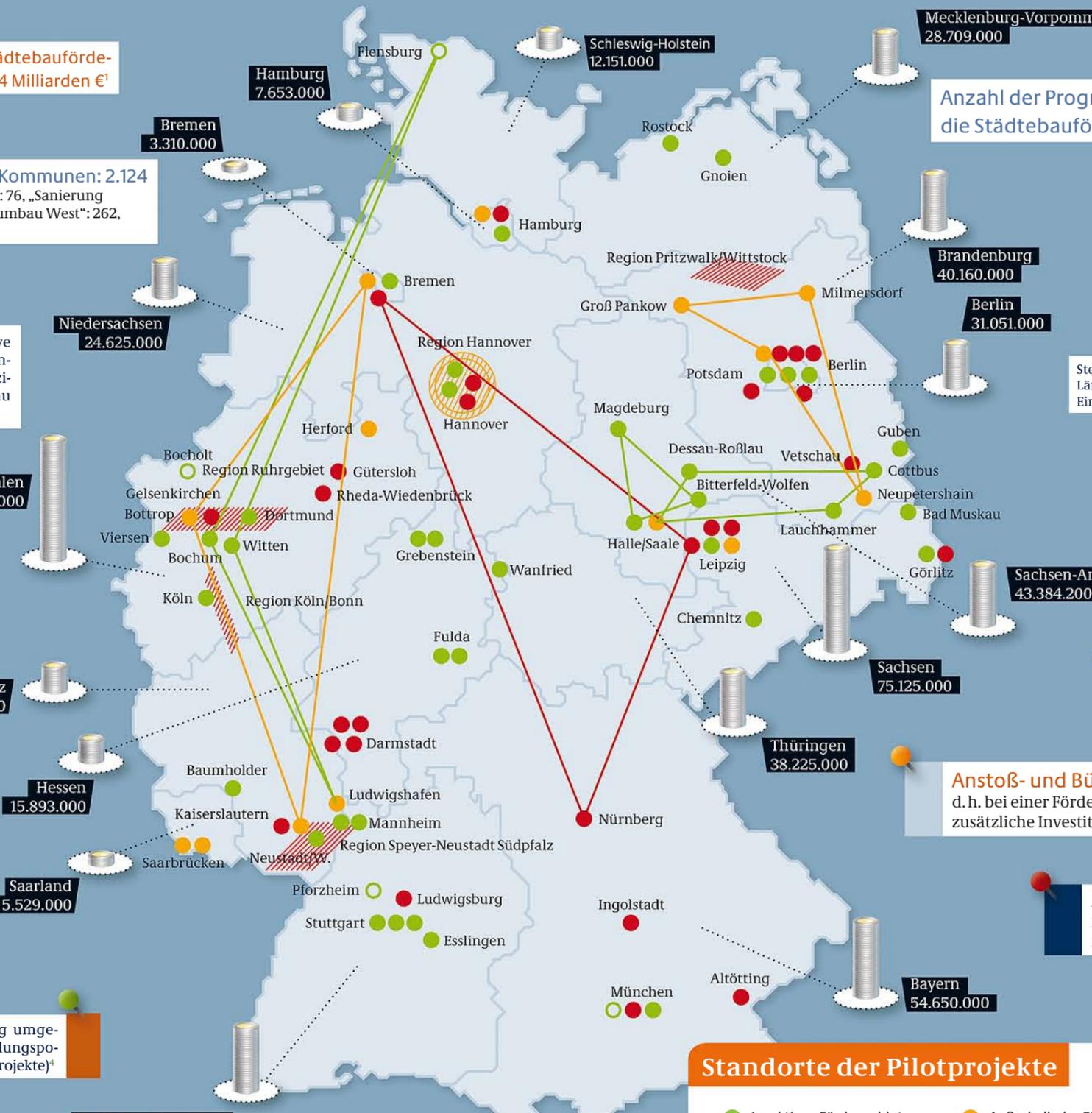
„Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) – ESF-Bundesprogramm für den alleinigen Einsatz in Programmgebieten der Sozialen Stadt

Finanzmittel von 2008 bis 2015: 184 Mio. €, davon 124 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds

Projekte in der ersten BIWAQ-Förderrunde: 135 in 144 Programmgebieten der Sozialen Stadt in 93 Kommunen

Eingegangene Interessenbekundungen zur zweiten BIWAQ-Förderrunde: ca. 600, zum Antragsverfahren zugelassene Vorhaben: 92

BIWAQ-Projekte, die Jugendliche als erste Zielgruppe haben in %: 80<sup>5</sup>



Anzahl der Programmgebiete, in denen in den letzten 40 Jahren die Städtebauförderung umgesetzt wurde bzw. wird: 6.605<sup>1</sup>

Anzahl von Kommunen, die Städtebauförderungsmaßnahmen interkommunal umsetzen: im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ 286 in 57 Gesamtmaßnahmen sowie in den sonstigen Programmen weitere 82 in 19 Gesamtmaßnahmen<sup>1</sup>

Steueraufkommen, je Million Euro staatliche Mittel (Bund und Länder, ohne Kommunen): zwischen 877.351 € und 2.006.768 € Einnahmen aus Lohn-, Körperschaft- und Mehrwertsteuer.<sup>3</sup>

Überwiegende Verneinung der Aussage „Zeitlicher und organisatorischer Mehraufwand für die Abstimmung mit der Städtebauförderung sind zu hoch.“: 70,8%<sup>4</sup>

Überwiegende Zustimmung zur Aussage „Das Pilotprojekt und die Städtebauförderung unterstützen sich gegenseitig.“: 91,7%<sup>4</sup>

Anstoß- und Bündelungswirkung der Städtebauförderung: Faktor 7,1, d. h. bei einer Förderung von Bund und Land von einem € werden durchschnittlich 7,10 € zusätzliche Investitionen aus öffentlicher und privater Hand ausgelöst.<sup>3</sup>

Anteil der Städte und Gemeinden außerhalb von Großstadtregionen an der Städtebauförderung 1991–2010 (in Klammern Anteil an der Bevölkerung im Jahr 2009): 39,1% (27,2%)<sup>1</sup>

## Standorte der Pilotprojekte

- Im aktiven Fördergebiet
- Im Aufbau oder abgeschlossen
- Außerhalb des Fördergebietes
- Ohne Orts- bzw. Quartiersbezug
- Einzelstandort Projekt
- Regionales Projekt
- ▨ Kooperationsprojekt
- Länderfördersummen in €

100 km

<sup>1</sup> Städtebauförderungsdatenbank des BBSR, <sup>2</sup> Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2010, <sup>3</sup> Berechnung auf Basis von 50 Fallstudien des BBSR-Forschungsprojekts „Wachstums- und Beschäftigungswirkungen des Investitionspaktes im Vergleich zur Städtebauförderung“, durchgeführt von der Bergischen Universität Wuppertal und DIWecon GmbH, Berlin, Wuppertal 2011, <sup>4</sup> Berechnung auf Basis des Rücklaufs der Projektbefragung durch die Begleitagentur im Juni 2011, <sup>5</sup> BMVBS (Hg): BIWAQ Kompakt. Newsletter zum Programm, Dezember 2010

# Baukultur in der Rostocker Altstadt

## Schöner wohnen zwischen Ellernhorst, Küterbruch und Brauergasse

Seit einigen Jahren ist in vielen Städten ein Trend zu innerstädtischem Wohneigentum zu beobachten. Auch in der Hansestadt Rostock lassen sich Anzeichen für eine Umkehr der Suburbanisierung deutlich spüren. Innerstädtisches Wohnen trägt maßgeblich dazu bei, dass die Stadt inzwischen wieder die 200.000-Einwohner-Marke übersprungen hat. Die lebendige Altstadt zwischen den Grünanlagen entlang der alten Stadtbefestigung und dem Segelboothafen an der Warnow bietet ganz besondere Qualitäten und ist daher auch einer der beliebtesten Wohnstandorte der Stadt.



Luftbild mit markierten Baulücken. Die Neubauten liegen im östlichen Bereich.

### Innenentwicklung als baukulturelle Herausforderung

Trotz dieser eigentlich günstigen Bedingungen ist die Stadterneuerung in der Rostocker Altstadt kein Selbstläufer: Zwischen jahrhundertalter Backsteingotik, architektonisch wertvollem Städtebau der DDR und moderner Architektur ist eine besondere baukulturelle Sensibilität gefordert. Die Altstadt ist kein homogenes Bauensemble der Hansezeit, sondern von vielen Brüchen geprägt. Die Lücken und Brachen, die der Zweite Weltkrieg, fehlende Instandhaltung und anschließende Vorbereitung zum flächenhaften Abriss verursacht haben, sind noch immer deutlich zu erkennen. Neue Architektur muss hier zwar eine eigenständige, zeitgemäße Formensprache entwickeln, aber auch einen Beitrag zur Stadtreparatur leisten. Die seit den 1990er-Jahren entstandenen Bauten konnten oft noch nicht überzeugen: Es fehlt das Gespür für das gewachsene Umfeld und seine Bautraditionen, die Proportionen sind falsch gewählt oder eine einseitige Priorität auf kostengünstige Lösungen entwertet das Straßenbild. Häufig drängen sich Neubauten gegenüber den schlichten, kleinen Backstein- und Fachwerkbauten unangemessen in den Vordergrund. Fehlendes Bewusstsein seitens der Bauherren und auch aufseiten der häufig nicht optimal für das Bauen im Bestand qualifizierten Bauträger und Baufachleute spielt hier eine große Rolle – ein geradezu klassisches baukulturelles Defizit. Eine zweite Herausforderung ist es, die potenziell an selbstgenutztem Eigentum interessierten Bürger

zu einem Neubauprojekt auf einer Baulücke in der Innenstadt zu motivieren. Die besonders anspruchsvolle bauplanerische Aufgabe des Bauens im Bestand erlaubt keinen Entwurf und keine Finanzierung „von der Stange“. Untypische Grundstückszuschnitte, enge Straßen, Stellplatzproblematik und Verschattung: Diese schwer kalkulierbaren Unwägbarkeiten schrecken viele Bauherren ab.

### Das „Rostocker Modell“

Auf den ca. 40 verbliebenen kleineren und größeren Baulücken in der Altstadt soll jetzt in einem neuen Verfahren eine besondere Architekturqualität erreicht werden. Grundlage sind die Initiative

„Neues Wohnen in der Innenstadt“ des Landes und der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern und dessen Umsetzung im Pilotprojekt „Zurück in die City“ in Rostock. Zentrale Idee dieser Initiative ist es, dem besonderen baukulturellen Anspruch und Beratungsbedarf für innerstädtischen Neubau gewissermaßen präventiv zu begegnen, indem die Kommune und qualifizierte Architekten nach dem „Rostocker Modell“ dafür Vorleistungen anbieten.

Für innerstädtische Schlüsselgrundstücke formulieren die Bauwilligen ihre Anforderungen und Wünsche. Basierend auf diesen Eckdaten erarbeiten drei Architekturbüros vorab verschiedene Vorentwürfe. Der Bauherr wählt aus diesen einen von ihm favorisierten Rahmenplan aus, auf Wunsch unterstützen ihn Verwaltung und Sanierungsträger zusätzlich bei einer qualifizierten Bewertung. Mit dem ausgewählten Architekturbüro schließt der Bauherr anschließend den Vertrag für Detailplanung und Ausführung. In diesem Verfahren wurden seit 2007 bereits sieben Projekte gestartet und vier Neubauten errichtet.

### Mehraufwand führt zu Win-win-Situation

Für die Bauherren, die städtische Grundstücke zum Bau erwerben, ist dieses Verfahren verpflichtend. Die Stadt hat beim Verkauf eigener Grundstücke im Rahmen des Sanierungsgebiets besondere Möglichkeiten, die Bauplanungs- und Entwurfsverfahren mitzugestalten, und nutzt sie hier auch gezielt. Sie allein



Architekturunikate in der Rostocker Altstadt:  
Brauergasse (Vorder- und Rückansicht), Gerberbruch  
(Vorder- und Rückansicht), Goldstraße.



wählt die drei Architekten für das jeweilige Verfahren aus: Das könnte auch als Einschränkung der freien Entscheidung und der eigenen Wünsche der Bauherren aufgefasst werden. Auch der zeitliche Ablauf enthält gegenüber einer direkten Beauftragung eines Büros ein paar Stufen mehr, selbst wenn das Verfahren inzwischen gut eingetaktet ist. Warum sollten sich die Bauherren auf diese zusätzlichen Verfahren einlassen? „Das ist unser Haus, das ist einfach unser Haus! Es ist so, wie wir uns das vorgestellt haben“, sagt ein Eigentümer aus der Brauergasse. „Sogar noch mehr. Es wäre ohne so einen Architektenwettbewerb nicht entstanden.“ Die konkurrierenden Entwürfe haben Anregungen gegeben, die im Ergebnis zum individuellen Wunschhaus geführt haben. Auch ein anderer Eigentümer ist von dem Verfahren überzeugt: „Das Haus wäre so ohne die Initiative gar nicht gebaut worden“. Der zusätzliche Aufwand in der Vorbereitungsphase wird ohnehin im Verlauf wieder mehr als ausgeglichen, denn durch die frühzeitige Einbeziehung der Verwaltung, der Sanierungsträger und der Denkmalpflege werden spätere Überarbeitungsrisiken im Baugenehmigungsverfahren minimiert. Und welche Vorteile hat ein solches Verfahren für die Architekten? Bei drei konkurrierenden Vorentwürfen gehen zwei ja auf jeden Fall leer aus. Die 1.500 Euro Erstattung für die Planungsleistungen dürften kaum kostendeckend sein. Dennoch sind die Chancen für die Büros, hier zum Zuge zu kommen, groß. Die gezielte Vermittlung von Bauherr und kompetentem Auftragnehmer wird schließlich als Vorleistung durch die Kommune und die Architektenkammer übernommen. Solche privaten Einzelbauvorhaben werden sonst eher direkt vergeben und gar nicht kommuniziert oder gar ausgeschlossen. Gerade die kleinen, qualifizierten Büros sind dem großen, professionellen Bauträger mit entsprechendem Marketing zumeist unterlegen. Zudem ist der Werbeeffect über die Öffentlichkeitsarbeit im Sanierungsgebiet

für kleine Architekturbüros ein Gewinn. Auch teilnehmende Architekten sind von dem Wettbewerbsverfahren überzeugt und begrüßen es, dass auch bei kleineren Bauvorhaben ein solch konkurrierendes Verfahren gewählt wird, um zu einer qualitativollen Architektur in diesem Segment beizutragen.

### Baukulturelle Qualitätssteigerung

Warum aber führt die Stadt Rostock so ein anspruchsvolles Verfahren durch, wenn doch die Nachfrage nach dem Wohnen in der Innenstadt auch eine bauliche Entwicklung aus eigener Kraft ermöglichen würde? Odett Freiberg, Projektbetreuerin bei der Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, betont die breite baukulturelle Qualitätssteigerung: „Mittelprächtige Architektur bekommt man immer, und die Großprojekte stehen ohnehin im Rampenlicht, aber Qualität im kleineren Projekt ist schwerer zu sichern!“ Auch die Stadt hat diese Wettbewerbe als eine wichtige Investition in die städtebauliche Qualität der Zukunft entdeckt. Das Resultat lässt sich am besten vor Ort sehen: Am Gerberbruch, in der Goldstraße und in der Brauergasse sind keine „Kataloghäuser“, sondern architektonische Unikate entstanden, die eine Bereicherung der Altstadt darstellen. Diese Bauten leisten einen selbstbewussten zeitgenössischen Beitrag zur über 750-jährigen Baugeschichte der Rostocker Altstadt.

Die Initiative „Neues Wohnen in der Innenstadt“ soll jedoch nicht nur in Rostock umgesetzt werden, sondern auch in anderen historischen Stadtkernen des Landes. Ob dieses Instrument auch in den teilnehmenden Kommunen Neubrandenburg, Teterow, Anklam und Penzlin funktioniert, deren Wohnungsmärkte wesentlich problematischer sind, soll die Evaluation des Projektes im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ergründen.

# Wer hinter den Pilotprojekten steckt

## Astrid Schörner, *We mokken dat tosammen*

Fast unermüdlich ist Astrid Schörner in Gnoiien unterwegs. Flaniert man mit ihr durch die mecklenburgische Kleinstadt, muss man Geduld haben: Kinder begrüßen sie ebenso begeistert wie ältere Leute, und jeder hat etwas zu erzählen, was ihm aufgefallen ist. Dabei ist Frau Schörner eigentlich eine „Zugereiste“: Erst 2004 kam sie aus Berlin. Dort ist sie aufgewachsen, dort hat sie ihre sozialpädagogische Ausbildung absolviert, dort hat sie jahrelang mit geistig behinderten Erwachsenen gearbeitet. Und die kulturellen Möglichkeiten der Hauptstadt hat sie sehr geschätzt. Aber als sie und ihr Mann in der Nähe von Gnoiien, wo ihre Mutter geboren ist, ein über hundert Jahre altes Haus mit großem Garten fanden, wusste sie: „Hier kann ich mich erden. Und das brauche ich auch, damit ich nicht abhebe.“ Das Kümmern um Obst, Gemüse und Blumen ist ein schöner Ausgleich, wenn ihr die vielen Menschen mal zu viel werden. Die bringt sie im Pilotprojekt zusammen, die kommen zu ihr in den eigenen Betrieb, und die trifft sie im Jugendklub, wo sie nach einem Projekt für die AWO „Bildung, Arbeit, Freizeit, Freunde“ immer noch arbeitet. Vernetzung kennt eben keinen Feierabend. Und das großstädtische Kulturangebot? „Die Kultur muss aufs Land“, lacht Astrid Schörner. Das hat der DDR-Dramatiker Heiner Müller 1961 in seinem Stück „Die Umsiedlerin“ geschrieben. Die Gnoiener haben den Satz zum Ausgangspunkt einer Textcollage gemacht, die sie am 3. Oktober 2010 uraufgeführt haben. Mittlerweile haben sie damit sogar in Prenzlau gastiert. Natürlich dabei: Astrid Schörner. Sie macht eben lieber mit, als zuzuschauen.



### Drei Fragen an Astrid Schörner

*Ihre Lieblingsstadt?*

Eigentlich keine. Entscheidend ist die Atmosphäre, die Leute.

*Stadtentwicklung: Ist das für Sie Hobby oder Beruf?*

Gelernt habe ich eigentlich etwas anderes – aber es ist Berufung. Was in meiner Stadt passiert, liegt mir einfach am Herzen.

*Ein Satz, den Sie nie wieder hören möchten?*

„Das geht nicht, das ist Kinderkram.“ Da vergeht mir manchmal sogar die Lust am Argumentieren.

Die langfristige Sicherung der Infrastrukturversorgung ist für die insgesamt gut 6.500 Einwohner Gnoiens ein Kernthema, für das die Ressourcen der Vereine, Institutionen und sozialen Einrichtungen der Stadt gebündelt werden sollen. Schon der Titel des Pilotprojekts „We mokken dat tosammen“ macht klar, worum es geht: Daseinsvorsorge in peripheren Regionen braucht Selbstverantwortung.

## Oliver Hasemann, *ZwischenZeitZentrale*

Oliver Hasemann ist Zwischennutzungsagent. Wie man das wird? Es ist ein typisch untypischer Karriereweg, den Hasemann zurückgelegt hat: Das Studium der Raumplanung beginnt er in Dortmund mit der Zuversicht, als Diplomingenieur beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Doch bald wird ihm klar, dass es so einfach nicht werden wird. Nach dem Uniabschluss geht Hasemann nach Bremen. Er mag die Stadt, die offene Atmosphäre, die lebendige Szene. Im Internet stößt er auf eine Anzeige: Ein junger Architekt sucht Gleichgesinnte, die ihren Einstieg in die Berufswelt selbst gestalten wollen – soll heißen: ihren eigenen Job kreieren. Generation Praktikum? – Nein, danke! So treffen Oliver Hasemann und Daniel Schnier aufeinander und gründen das Autonome Architektur Atelier (AAA). Was die Anfänge des Büros enorm erleichtert: Als temporäre Mieter beziehen sie ein leerstehendes Gebäude auf dem ehemaligen Zollabfertigungsgelände. Damals hatten die beiden noch keine Ahnung, dass sie mit dem Thema „Zwischennutzung“ einmal ihre Brötchen verdienen würden. Zunächst mal entstehen Kontakte zu anderen Kreativarbeitern, Netzwerke werden geknüpft, erste Aufträge akquiriert. Während Hasemann sich auf diese Weise den Weg in die Selbstständigkeit bahnt, sucht die Hansestadt Bremen nach Möglichkeiten zum Umgang mit Leerstand. Eine außerhalb der Verwaltung angesiedelte Agentur soll Nachfrager und Anbieter von Raum und Flächen für Zwischennutzungen zusammenbringen. AAA und Partner erhalten den Zuschlag für diese Agentur. Seit 2009 existiert nun die ZwischenZeitZentrale und initiiert und begleitet erfolgreich Zwischennutzungsprojekte. Hasemann ist überzeugt: Wichtigste Qualifikation für seinen Job ist das Verständnis der Arbeits- und Lebensweisen der Zwischennutzer. Und diese Art von Street Credibility entwickelt man nur auf typisch untypischen Karrierewegen.



### Drei Fragen an Oliver Hasemann

*Ihre Lieblingsstadt?*

Bremen!!!

*Stadtentwicklung: Ist das für Sie Hobby oder Beruf?*

Ein wunderbarer Beruf, der Strukturiertheit und Kreativität verbindet.

*Ein Satz, den Sie nie wieder hören möchten?*

Der Satz „Das ist nicht möglich“ in all seinen Varianten.

Das Pilotprojekt „ZwischenZeitZentrale“ ist nicht nur Vermittlungsagentur für temporäre Nutzungen, sondern beteiligt sich aktiv am bundesweiten Diskurs über das Potenzial von Zwischennutzungen für die Stadtentwicklung. Mehr Informationen unter [www.zzz-bremen.de](http://www.zzz-bremen.de).

# Werte für die Stadt

## Lokale Investitionen in Dülken



Eine „Aktie mit Herz“ haben einige entschlossene Dülkener ins Leben gerufen, um die Entwicklung ihres Stadtteils voranzutreiben (stadt:pilot 02 berichtete). Mit bürgerschaftlichem Kapital wird gebaut, saniert und der öffentliche Raum aufgewertet. Das erste Neubauvorhaben wurde jetzt abgeschlossen: Elf barrierefreie Wohnungen sind entstanden. Die jetzt anstehende Wohnumfeldgestaltung auf den neu gewonnenen Freiflächen dient zugleich dem ganzen Quartier „Mondhöfchen“, das zu einem attraktiven Aufenthaltsort in der Innenstadt wird.

## Was macht eigentlich ... TRINITAS

stadt:pilot 03 hat die Arbeit der Wissenschaftler vom Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau an einem Stadtwertspiegel vorgestellt. Jetzt befindet sich das Instrument im Praxistest.



Einfach zu lesende Piktogramme: hier eine Wertkarte zum Stadtraum. Neun zu gewichtende Kriterien führen zu der „Trinitas Stadt-Wert-Schätzung“.

„Die Einschätzung von Entwicklungspotenzialen bestimmter Stadtviertel setzt meist langwierige Untersuchungen voraus“, sagt Annett Wilhan, Bereichsleiterin Stadtplanung im sächsischen Crimmitschau. „Mithilfe der Stadt-Wert-Schätzung kamen wir intuitiv und schneller zu Ergebnissen. Vieles, was man eigentlich schon weiß, wird einem dabei erst bewusst gemacht.“ Einige Mitarbeiter des Fachbereichs Bau der ostdeutschen Mittelstadt Crimmitschau hatten sich zusammengesetzt, um gemeinsam mit der Hilfe von sogenannten Wertkarten ein innerstädtisches Plattenbauquartier und die gründerzeitlich geprägte Südstadt von Crimmitschau zu analysieren. Der dadurch erstellte Stadt-Wert-Spiegel bewertet Stadtquartiere anhand von Kriterien, die mittels Piktogrammen vergleichend dargestellt und damit intuitiv verständlich aufbereitet sind. Ergebnis: eine integrierte Stadt-Wert-Schätzung. Die Kriterien schließen baukulturelle Fragen ebenso in die Betrachtung ein, wie ökologische und ökonomische Aspekte. Mit der assoziativen, bildgestützten Befragung kommt man einfacher, schneller und kostengünstiger zu Einschätzungen als mit umfassenden statistischen Erhebungen. Die Methode bietet die Möglichkeit, Quartiere ganz unterschiedlicher Prägung miteinander zu vergleichen. Damit werden unter Einbeziehung auch „weicher“ baukultureller Faktoren die komplexen Zusammenhänge, die für die Entwicklung einer ganzen Stadt von Bedeutung



Mitarbeiter des Görlitz Kompetenzzentrums wählen Stadtquartiere in den Beispielstädten aus.

sind, besser greifbar. Das Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau hat die „Trinitas Stadt-Wert-Schätzung“ entwickelt und für eine erste Erprobung die drei ostdeutschen Mittelstädte Crimmitschau, Plauen und Pirna ausgewählt. Mit der Sächsischen Aufbaubank und dem Sächsischen Staatsministerium des Inneren wurden wichtige strategische Partner gefunden, die an der Entwicklung der Bewertungskategorien und ihrer visuellen Umsetzung beteiligt waren. Die beiden Viertel von Crimmitschau sind also nur zwei von sechs Beispielen, an denen die Stadt-Wert-Schätzung erprobt wurde. „Kommunale Mitarbeiter verschiedener Fachbereiche treten mithilfe der bildgestützten Wertkarten in einen intensiven Dialog“, unterstreicht Professor Jürg Sulzer, Leiter des Görlitz Kompetenzzentrums und Professor für Stadtumbau und Stadtforschung an der TU Dresden, einen weiteren positiven Effekt: „Gerade in Mittelstädten, wo die Verwaltungen in den letzten Jahren kontinuierlich verkleinert wurden und meist kein öffentlicher Dialog über Stadtentwicklung und Baukultur geführt wird, kann so wertvolles, oft nur passiv vorhandenes Wissen abgefragt werden.“ Eine internetgestützte Anwendung der assoziativen Befragung befindet sich momentan in einer Testphase. Bald soll damit die TRINITAS Stadt-Wert-Schätzung als praxisorientiertes Instrument der integrierten Stadtentwicklung für viele Städte einsetzbar sein.

### Kriterien im Stadt-Wert-Tableau

1

Identität  
Stadtraum  
Baufigur  
Freiraum

2

Nachhaltigkeit  
Lage  
Erreichbarkeit  
Gebäudeeffizienz

3

Flexibilität  
Funktionsmischung  
Parzellenstruktur  
Leerstand

Gerade gegen Ende der Förderperiode entstehen in den Pilotprojekten Ergebnisse und Thesen, die auf andere Vorhaben übertragbar sind. Nicht nur der Bund hat das Interesse, von der guten Praxis der Pilotprojekte vor Ort zu lernen. Auch in der Stadtentwicklung gilt der Grundsatz: Wissen vermehrt sich, wenn man es teilt. In Transferveranstaltungen mit unterschiedlicher Zielstellung wird an dieser Vermehrung gearbeitet. Ausgewählte Ansätze und Ergebnisse stellt *stadt:pilot 06* vor.

## Grebenstein: Kleinstädte in Bürgerhand?

Klein- und Mittelstädte sind in den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zahlreich vertreten. Die aktuellen Debatten zum Thema Daseinsvorsorge und Selbstverantwortung insbesondere in peripheren Räumen waren Anlass für ein Projektgespräch, in dem die Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements in sechs kleinstädtisch geprägten Pilotprojekten diskutiert wurden. Gemeinsame Kernthese: Intakte soziale und lokale Netzwerke und Kooperationen zwischen privaten, öffentlichen und zivilen Akteuren werden voraussichtlich eine entscheidende Rolle spielen, um den Entwicklungsproblemen insbesondere

strukturschwacher ländlicher Kleinstädte zu begegnen. Themenschwerpunkte waren zum einen das konkret objektbezogene bürgerschaftliche Engagement für einzelne Bauwerke oder Standorte, zum anderen die themenübergreifende, grundsätzliche Aktivierung der Bürger für ihre Nachbarschaft als Lebensumfeld. Unabhängig vom Gegenstand des bürgerschaftlichen Engagements sind jedoch die Herangehensweisen oft ganz ähnlich. Und die gemeinschaftlich entwickelten Thesen bieten Anknüpfungspunkte auch für großstädtisch geprägte Quartiere.



Begehung während des Projektgesprächs. Im Hintergrund: die künftige Bauakademie Grebenstein.

### Kultur des Engagements

- Engagement muss „von unten“ wachsen und lässt sich nur schwer „von außen“ und „oben“ initiieren.
- Für viele Bürger ist ein rein freizeithliches Ehrenamt nicht zuletzt auch ein Hobby, das nicht mit Pflichtaufgaben überlastet werden darf.
- Ein Mentalitätswandel zu mehr Engagement in einer von Resignation und geringer Teilnahme der Bürger geprägten Stadt ist ein entscheidender erster Schritt, der durch kleine nachbarschaftliche Projekte unterstützt werden kann.
- Kultur ist als Instrument der Stadtentwicklung und Aktivierung für die Stadt gerade in Kleinstädten tauglich und sollte stärker gezielt eingesetzt werden.

### Rolle öffentlicher Akteure

- Ein dauerhaftes ehrenamtliches Engagement ist nicht planbar oder verbindlich festzuschreiben. Funktionierendes Engagement verleitet formelle Aufgabenträger leicht dazu, sich auf dieses Ehrenamt zu verlassen.
- Bürgerschaftliche Aktivitäten beinhalten das Risiko des Scheiterns. Bei einem absehbaren Misserfolg sollte auch der Mut zum Abbruch eines Projektes bestehen und eventuelle Folgebelastungen gemeinsam getragen werden.
- Bürgerschaftliches Engagement ist für den Erhalt von Lebensqualität unverzichtbar, kann jedoch nicht immer Ersatz für wegfallende öffentliche Daseinsvorsorgeleistungen sein.

### Ökonomische Aspekte

- Ehrenamt ist zwar eine „Low-Budget-Strategie“, aber ohne finanzielle Mittel läuft auch im Ehrenamt nichts.
- Die Intensität des Engagements und gesellschaftlicher Netzwerke ist auch ein wichtiger Standortfaktor und somit wirtschaftliches Argument.
- Die potenzielle Konkurrenz des Ehrenamts zu privatwirtschaftlichen Dienstleistungen ist zu berücksichtigen und möglichst zu vermeiden.
- Ein höherer Begleitungs- und Organisationsaufwand für bürgerschaftliche Projekte kann sich später durch effizientere Umsetzung, tragfähigeren Betrieb und höhere Akzeptanz auszahlen.

### Förderung von Engagement

- Zentrale Bedingungen für eine Verstetigung sind eine geregelte Organisationsstruktur, gute materielle Arbeitsbedingungen und eine Professionalisierung, z. B. durch „Ehrenamts-Coaching“.
- Die Bedeutung einzelner Personen ist außerordentlich groß. Ein zentraler Motivator für ehrenamtliches Engagement kann viele Impulse setzen.
- In der Stadtentwicklung kann zur Förderung von Engagement mit nicht-investiven Projekten auch mit kleinen Summen viel bewegt werden.

Mehr Informationen über die Pilotprojekte, ihre Konzepte und Strategien unter: [www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de), besonders auf den Projektseiten. Beachten Sie auch das Projektjournal mit aktuellen Kurzberichten über das Geschehen vor Ort!



## stadt:pilot spezial



Nationale Stadtentwicklungspolitik:  
Eine Gemeinschaftsinitiative von  
Bund, Ländern und Gemeinden

Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen  
Wohnen Stadt Land [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de) Verkehr Mobilität Bauen Wohnen  
Stadt Land Verkehr Mobilität Bauen Wohnen Stadt Land Verkehr Mobilität

## Berlin I: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Stadt von morgen

Die Pilotprojekte des Handlungsfeldes „Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung“ entwickeln innovative Ansätze, Lösungswege und wissenschaftliche Erkenntnisse für Themen, die in ähnlicher Weise auch bei den Modellvorhaben im Forschungsfeld „Energetische Stadterneuerung“ des Programms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) im Mittelpunkt stehen. Bei einer gemeinsamen Transferveranstaltung diskutierten Vertreter der Pilotprojekte und Modellvorhaben ihre Erfahrungen mit energetischer und klimagerechter Stadtentwicklung und entwickelten sie unter einer integrierten Perspektive weiter. Angereichert mit Interviews, Essays und Reportagen sind die Ergebnisse im „stadt:pilot spezial Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der Stadt von morgen“ nachzulesen.



Download unter:

[www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de](http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de)  
Bestellung gedruckter Exemplare:  
[stadt:pilot@bbr.bund.de](mailto:stadt:pilot@bbr.bund.de)

## Berlin II:

### Neue Kooperationen für benachteiligte Stadtquartiere?



Kiezladen als anschaulicher Tagungsort.

Die inhaltlichen Zugänge und methodischen Herangehensweisen der Pilotprojekte des Handlungsfeldes Soziale Stadt sind sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen die Frage der dauerhaften Finanzierung. Überlegungen zu Finanzierungsstrategien zogen sich deshalb wie ein roter Faden durch das Projektgespräch, zu dem Pilotprojekte aus dem Handlungsfeld „Soziale Stadt“ geladen waren. Gerade vor diesem

Hintergrund werden Fragen nach Kooperationen, Partnern und Netzwerken immer wichtiger. Gesucht sind starke Partner, die mit eigenen Ressourcen die Entwicklung der Quartiere unterstützen können. Aber wer kann in benachteiligten Quartieren diese Rolle überhaupt ausfüllen? Darauf gibt es keine einfache Antwort, wie die Arbeit der Pilotprojekte zeigt. Um engagierte Akteure zu halten und neue einzubinden, gehört die kontinuierliche Netzwerkarbeit – egal ob vor Ort im Stadtteil oder auf strategischer Ebene – zu den Kernaufgaben der sozialen Stadtentwicklung.

#### Fünf Thesen als Ergebnis:

- Immer stärker wird es auf Eigenverantwortung/-initiative der Beteiligten ankommen.
- Um das zu erreichen, sind neue Wege zur Festigung von Kooperationen zu suchen.
- Geld ist nicht alles, aber ohne Mittel von „außen“, die strategisch eingesetzt und gebündelt werden, wird es auch in Zukunft nicht gehen.
- Die Kopplung der Trägervielfalt in der Sozialen Stadt und des breiten Ansatzes der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat die Durchführung experimenteller Projekte erleichtert.
- Der Bund wird weiterhin als Impulsgeber gebraucht.

## Leipzig:

### Strategien zum Umgang mit innerstädtischem Leerstand



Der langfristige Leerstand von Immobilien galt lange als Kennzeichen schrumpfungsbedingter Regionen und Städte in Ostdeutschland. Mittlerweile weiß man: Als Ausdruck eines generellen funktionalen und strukturellen Wandels der Städte gehört er auch in prosperierenden Lagen zum Stadtbild. Wo Abriss und eventueller Neubau keine Perspektiven sind, haben sich in Deutschland, aber auch in den Niederlanden und in der Schweiz innovative Strategien entwickelt, die kurz vor Redaktionsschluss von stadt:pilot 06 Gegenstand eines ersten Werkstattgesprächs waren. Paradigmatischer Ort: Leipzig. Mit ihren zahlreichen innovativen Ansätzen im Umgang mit Leerstand, teilweise unterstützt durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik, zählt die sächsische Stadt zu den Vorreitern unter deutschen Kommunen. Zum Thema erscheint Ende 2011 stadt:pilot spezial 02: Leerstand beleben.

# Unwägbarkeiten in der Stadtentwicklung: Die Eigentümer müssen mit im Boot sitzen

Sieben Jahre lang kämpfte eine stetig wachsende Zahl von Menschen in Pforzheim um den Erhalt einer alten Papierfabrik, die Standort von Kunst, Kultur, Wohnen und Gewerbe werden sollte. Mit der Gründung einer Genossenschaft schien das passende Organisationsmodell gefunden. Das Stadtplanungsamt unterstützte die Idee und warb Mittel der Nationalen Stadtentwicklungspolitik für die partnerschaftliche Entwicklung des Standorts ein. Den konzeptionellen Überlegungen sollte eigentlich noch in diesem Jahr die Beantragung von Städtebauförderungsmitteln für die Umsetzung folgen. Jetzt mussten die Akteure einen herben Rückschlag einstecken: Das Gelände der Papierfabrik wurde im Zwangsversteigerungsverfahren einem Investor zugeschlagen, das Gebot der Genossen lag um 230.000 Euro zu niedrig. **stadt:pilot 06** sprach mit Ute Hötzer und Patric Thiel (Gewerbekultur eG), Maike List und Manfred Rudolph (Stadt Pforzheim, Amt für Stadtplanung, Liegenschaften und Vermessung) sowie Carsten von Zepelin (Baugenossenschaft Arlinger eG) über ihre gemeinsame Arbeit und die Schlüsse, die sie aus der entgangenen Chance ziehen.

**stadt:pilot:** Frau Hötzer, hat die Genossenschaft das Bedürfnis nach neuen Formen des Wohnens und Arbeitens in Pforzheim überschätzt?

**Hötzer:** Nein, das glaube ich nicht. Uns ist von Anfang an unheimlich viel Sympathie für unsere Ideen entgegengebracht worden. Es gab viele Leute, die sich vorstellen konnten, dabei zu sein, mitzumachen – wir hatten nur immer das Problem, dass wir nicht genau sagen konnten, wann's richtig losgeht.

**stadt:pilot:** Warum?



**Thiel:** Das Gelände hat uns ja nie gehört. Wir haben zwar von Anfang an gesagt, dass wir grundsätzlich zum Kauf bereit sind – aber die Bedingungen waren zunächst völlig unrealistisch. Forderungen von 3,5 Millionen standen einem Verkehrswert von am Ende 840.000 Euro gegenüber – darauf konnten wir uns nicht einlassen.

**Zepelin:** Da biss sich immer die Katze in den Schwanz: Wegen mangelnder Voraussetzungen hat die Genossenschaft große Schwierigkeiten gehabt, Mitglieder und Geldgeber zu gewinnen. Und die fehlten, um Druck aufzubauen und in der Stadtöffentlichkeit ernst genommen zu werden.

**Rudolph:** Wir haben uns gemeinsam auf ein Experiment eingelassen – und sind in Teilen gescheitert. Das gehört zum Experiment dazu, das müssen wir jetzt auswerten.

**stadt:pilot:** Waren die 14.000 qm verfügbare Fläche zu groß für eine kleine Genossenschaft?

**Thiel:** Wir wussten von Anfang an, dass dieses Gelände eine große Herausforderung für uns darstellt – vor allem, weil die Eigentumsverhältnisse absolut gegen uns sprachen. Deshalb haben wir schon lange vor der Bewerbung für die Nationale Stadtentwicklungspolitik Kontakt zur Baugenossenschaft Arlinger und auch zur Stadt gehabt. Wir wussten, dass wir Partner brauchen und vor allem Know-how im planerischen und finanziellen Bereich.

**Zepelin:** Für uns war immer klar, dass im westlichen Teil des Geländes der Bestand weitgehend erhalten werden soll, im östlichen Teil Flächen bebaut und vielleicht auch verkauft werden können. Das

hätte auch die Finanzierung der Sanierung leichter gemacht.

**List:** Die Stadt hat eine Gesamtstrategie favorisiert. Mit dem Motto „Wohnen, Arbeiten, Kultur“ war ein schlüssiges Konzept vorhanden, in das man verschiedene Komponenten integrieren konnte.

**Rudolph:** Am Schluss hat sich ja gezeigt, was möglich gewesen wäre: Plötzlich haben die Genossen das Geld auf den Tisch gelegt. Und es war mehr Geld als die 70 % des Verkehrswerts, die bei einer Zwangsversteigerung normalerweise nötig sind. Und dann hat uns der volkswirtschaftliche Trend, Geld in Immobilien zu stecken, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der hat den Preis nach oben getrieben.

**stadt:pilot:** Sie haben in den letzten Jahren viel Kraft in den Prozess investiert.



**List:** Ja, insbesondere die Gewerbekultur. Neben der rein inhaltlichen Arbeit war das Spannende an dem Prozess, zu sehen, wie sich bei der Gewerbekultur nach und nach professionellere Strukturen entwickelt haben bzw. entwickeln mussten, um die erforderlichen Aufgaben zu meistern. Eine

zentrale Frage war: Welche Rolle können zivilgesellschaftliche Akteure bei der Entwicklung eines Standortes übernehmen bzw. wie viel Leistung kann durch rein ehrenamtliche Arbeit erbracht werden? Projekte, die bürgerschaftliches Engagement und Stadterneuerung miteinander verknüpfen, brauchen Unterstützung!

**Zepelin:** Die Arlinger Baugenossenschaft hat hier schon früh durch eine Mitgliedschaft in der Gewerbekultur Zeichen gesetzt: Stadtentwicklung und Städtebau in Pforzheim liegen uns besonders am Herzen, das sehen wir auch als Entwicklungsmotor für die Stadt.

Und als Genossenschaft fühlen wir uns auch unseren eigenen Wurzeln verpflichtet. Das heißt: Wir suchen nach Wegen, mit unseren Angeboten veränderten gesellschaftlichen Erfordernissen gerecht zu werden – auch wenn es beispielsweise um die Pflege und Versorgung alter Menschen geht. Da haben wir uns mit der Gewerbekultur getroffen, die wiederum über Inklusionsfragen nachgedacht hat.

**Hötzer:** Mit der Zuwendung aus der Nationalen Stadtentwicklungspolitik konnten wir Expertise finanzieren, die uns selbst

gefehlt hat: Aus moderierten Workshops entstand die Idee einzelner Entwicklungsträger-Teams, die sich um bestimmte Teile des Geländes kümmern. Das hat mehr Verantwortlichkeit erzeugt, zugleich war man nicht mehr für alles zuständig. Auch für Finanzierungsoptionen und Kommunikationskonzept hatten wir Beratung. Der ganze Prozess ist sehr konstruktiv gelaufen. Wir haben eigentlich vorgemacht, wie bürgerschaftliches Engagement, städtische Schwerpunktsetzungen und immobilienwirtschaftlicher Sachverstand zusammenkommen können.

stadt:pilot: Wie sind Sie dann vorgegangen, als der Termin der Zwangsversteigerung feststand?



**Zepelin:** Da das Kapital der Genossenschaft noch nicht ausreichte, haben die Partner nach Möglichkeiten gesucht, aus dem plötzlich entstandenen Zeitdruck herauszukommen. Eine Idee war ein Zwischenerwerb durch das kommunale Wohnungsbaunternehmen, die Stadtbau.

Das hätte der Genossenschaft die Möglichkeit gegeben, mit Planungssicherheit nach weiteren Mietern und Interessenten und damit einer gesicherten Finanzierung zu suchen. Hätte das nach einem Jahr nicht geklappt, hätte die Stadtbau immer noch nach anderen Wegen zu einem städtebaulich befriedigenden Ergebnis suchen können.

stadt:pilot: Und warum kam es anders?

**Rudolph:** Ich kann nur Vermutungen anstellen, aber wenn z. B. die Geschäftsführung zu dem Ergebnis kommt, dass sich die Sache für das Unternehmen nicht rechnet, macht sie sich auch gegenüber dem Aufsichtsrat nicht für eine positive Entscheidung stark. Das wäre eine mögliche Erklärung, warum man sich gegen den Kauf entschieden hat.

**Zepelin:** Der Wunsch, die Forderung nach einem solchen Schritt muss in solchen Fällen von der Stadt kommen, aus der Verwaltungsspitze, von der Politik. Da gehört es dazu, die Fraktionen zu unterrichten, die Mitglieder des Aufsichtsrats mitzunehmen. Die waren gar nicht richtig informiert, worum es ging.

**Hötzer:** Alle gingen davon aus, dass das klappt, und als wir vom Nein der Stadtbau erfahren haben, war es zu spät.

stadt:pilot: Das deutet aber auf ein Kommunikationsdefizit hin, oder?

**Thiel:** Das sehe ich mittlerweile auch so. Es wäre gut gewesen, gerade gegenüber dem Gemeinderat, der den Aufsichtsrat stellt, viel mehr Lobbyarbeit zu betreiben.

**List:** Erst jetzt nach der Zwangsversteigerung haben wir plötzlich die öffentliche Diskussion, die uns die ganze Zeit gefehlt hat.



**Rudolph:** Andere Themen hatten objektiv ein höheres kommunalpolitisches Gewicht in dieser Phase: Innenstadtentwicklung, Verkehrsentwicklungsplan, Masterplan. Die Papierfabrik blieb Randthema, allenfalls im Stadtteil Dillweissenstein verankert. Dabei bietet eine Masterplan-Debatte, die im November ja auch einen Themenmonat

„Stadtbild & Wohnen“ hat, eigentlich die optimale Gelegenheit, neue Konzepte breit zu diskutieren und zu verankern.



**Hötzer:** Man muss beherzter nach außen. Wir haben viel zu lange abgewartet, immer abgewogen, auch Angst gehabt, dass die Idee verbrennt. Selbstkritisch gesagt: Wir waren sehr verhalten, weil wir keine Strohfeder entfachen wollten.

Dabei haben wir mit dem städtebaulichen Konzept und den Entwicklungskonzepten fürs Wohnen Materialien erarbeitet, mit denen unser Vorhaben sehr plastisch wurde. So etwas sollte man nutzen, für Kommunikation nach außen und Kommunikation nach innen. Eine breite Öffentlichkeit sensibilisieren und gleichzeitig Schlüsselakteure mobilisieren: Die Rolle einer solchen Doppelstrategie darf man nicht unterschätzen. Ansonsten hätten wir viel früher versuchen sollen, mit der Stadt vertragliche Vereinbarungen zu treffen – dann wären die Interessenlagen transparenter geworden und entsprechend hätte dies andere Handlungsoptionen erfordert.

**Thiel:** Man muss deutlich machen, dass es um andere Lebensformen geht und um Kultur, die andernorts keinen Raum findet.

**Zepelin:** Sicher wäre es hilfreich gewesen, ein Klima mit dem Insolvenzverwalter zu schaffen, in dem temporäre Bespielungen möglich gewesen wären.

stadt:pilot: Und wie geht es jetzt weiter?

**Thiel:** Der neue Besitzer hat die bestehenden Mietverträge zum 31. März gekündigt, aber eine Option auf Verlängerung offen gelassen.

**List:** Die Rede ist von einem städtebaulichen Ideenwettbewerb. Vielleicht gibt es ja Vorschläge, die eine Zukunft für die denkmalgeschützte Bausubstanz eröffnen.

**Zepelin:** Gespräche muss man auf jeden Fall führen. Und ich fände es schade, wenn die Gewerbekultur jetzt aufgibt. Denn der Rückhalt in der Bevölkerung ist ja nun plötzlich da.

**Hötzer:** Ehrlich gesagt ist uns im Moment ein bisschen die Puste ausgegangen. Wir haben auch intern noch einiges auszuwerten und suchen nach Perspektiven.

**Rudolph:** Eigentlich wäre das Klima jetzt optimal, um ein vergleichbares Projekt auf einem kleineren Standort zu realisieren. Die Pforzheimer Öffentlichkeit ist sensibilisiert. Übrigens auch für den Standort in Dillweissenstein.



# Bürgerstiftungspreis erstmals verliehen: Engagement für die Stadt lohnt sich!



Pauken und Trompeten ...



... für die Stadt ...



... beeindruckten die Jury.

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich für ihre Stadt. Sie geben ihren Ideen in zahlreichen Städten und Gemeinden ein wahrnehmbares Gesicht und verwirklichen ihre Vorhaben als Stiftungen von Bürgern für Bürger in gemeinnützigen Projekten. Grund genug für das BMVBS, 2011 erstmals den Bürgerstiftungspreis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auszuloben und damit die Anerkennungskultur in unseren Städten und Gemeinden zu stärken. Über 70 Bürgerstiftungen aus Klein-, Mittel- und Großstädten haben ihre Beiträge eingereicht, die sich um ganz konkrete, lokale Fragen bewegen. Die zuständige Abteilungsleiterin, Oda Scheibelhuber, ist mit der Resonanz hochzufrieden: „Hier ist unendlich viel Potenzial für die Zukunft unserer Städte zu entdecken“ (siehe S. 6/7). Die Qualität der Beiträge hat auch die Jury überzeugt. Die unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, Deutsches Institut für Urbanistik, tagende Runde zeichnete 15 Stiftungen mit dem Bürgerstiftungspreis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2011 aus. Sie dürfen sich jeweils über ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro freuen.

Wie in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik üblich, wird auch der Bürgerstiftungspreis partnerschaftlich getragen. Mit an Bord ist neben dem Bund, den Ländern

und den kommunalen Spitzenverbänden auch der Bundesverband Deutscher Stiftungen. Die Ausrichter haben sich gemeinsam darauf geeinigt, dass auch der Bürgerstiftungspreis den Leitmotiven der Nationalen Stadtentwicklungspolitik folgt. Die ausgezeichneten Bürgerstiftungen verfolgen durchweg innovative Ansätze, die auch auf andere Städte und Gemeinden übertragbar und damit vorbildlich sind. Neben den Leitmotiven „Innovation“ und „Übertragbarkeit“ steht auch der Aspekt der „Kooperation“ im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit. Die Zusammenarbeit mit Vereinen, Institutionen, Kirchen, Unternehmen oder auch Verbänden ist für die ausgezeichneten Bürgerstiftungen selbstverständlich.

Die 15 Preisträger haben sich in ihren Städten und Gemeinden ganz unterschiedliche Aufgaben vorgenommen. So hat z. B. die Bürgerstiftung Achim den zentral gelegenen (aber in die Jahre gekommenen) Rathauspark zu einem beliebten Generationenpark entwickelt. Die Bürgerstiftung Kulturlandschaft Spreewald widmet sich der Pflege der einzigartigen Kulturlandschaft. Hier überzeugt auch der integrative Charakter. Psychisch behinderte Jugendliche und junge Erwachsene pflegen die Landschaft gemeinsam in „Workcamps“. In Halle werden Kinder aus benachteiligten Stadtteilen an die reiche

Kulturlandschaft der Stadt herangeführt: Kulturpaten besuchen mit ihnen kulturelle Einrichtungen und wecken frühzeitiges Interesse. Innovativ ist auch die Bürgerstiftung Lörrach, die ein kleines Wasserkraftwerk errichtet, dessen Erträge für integrative Sozialarbeit im Quartier verwendet werden sollen. In Bönen geht es um den Erhalt und die soziale und kulturelle Nutzung eines Förderturms aus den 1920er-Jahren. Die „Bürgerstiftung Mindelheim“ hat sich aus ihrer bürgerschaftlichen Verantwortung für die Zukunft der historischen, aber mit Entwicklungsproblemen belasteten Innenstadt gegründet. Ihr ist es gelungen, einen kooperativen Prozess zur Entwicklung eines Leitbildes für die Stadtentwicklung zu initiieren. Und mit dem Wiesbadener BürgerKolleg wurde ein Angebot geschaffen, das Initiativen, Vereine und Bürger für ehrenamtliches Engagement qualifiziert und damit auch in anderen Städten und Gemeinden Folgeprojekte anstoßen kann. 15 Bürgerstiftungen aus dem ganzen Bundesgebiet (Achim, Bielefeld, Bönen, Breuberg, Dresden, Erfurt, Halle, Heilbronn, Lörrach, Ludwigshafen, Melsungen, Mindelheim, der Region Neumarkt, dem Spreewald und Wiesbaden) erhalten ein Preisgeld, das wieder in neue Projekte fließen kann.

# Mein Lieblingsort

## Schiffe in der Stadt Von Roland Schäfer



Eindeutiger Lieblingsort in meiner Heimatstadt Bergkamen am Ostrand des Ruhrgebietes ist für mich der Sportboothafen „Marina Rünthe“ am Datteln-Hamm-Kanal in Bergkamen-Rünthe. Noch vor 16 Jahren hätte man hier lediglich eine 11 ha große Industriebrache vorgefunden, nachdem der ehemalige Schüttguthafen für Steinkohle und Massengüter im Laufe der Jahre die ansässigen Firmen verloren hatte. 1995 begannen die Stadt und die kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Unna, das Hafenbecken für eine Freizeitnutzung umzugestalten und die Landfläche für neue Ansiedlungen aufzubereiten.

Heute ist die Marina Rünthe der modernste und größte Sportboothafen in Nordrhein-Westfalen mit 310 Liegeplätzen im Wasser und umfassender Bootsinfrastruktur: Kran- und Slipanlage, Bootstankstelle, Winter- und Sommerlager, Reparaturservice und

zwei Sanitärgebäuden. Auf der Landseite findet man mehr als 30 neu angesiedelte Unternehmen mit fast 800 Arbeitsplätzen: Insgesamt ein Paradebeispiel für erfolgreichen Strukturwandel in unserer früheren Bergbaustadt.

Auf den öffentlichen Plätzen im Hafengebiet finden regelmäßig gut besuchte Veranstaltungen statt, vom Open-Air-Kino über Konzerte bis zum großen Hafenfest. Die eigentliche Anziehungskraft des Hafens für mich und viele andere ergibt sich aber durch das mediterrane und maritime Flair des Gebietes: Die Hafensperrmauer entlang der Wasserfläche, drei Restaurants in urbaner Architektur mit Außen-gastronomie, ein Hafencafé, ein Hafenbistro, ein Freizeit- und Fitnesszentrum, Anlegestellen von Charterbooten und Ausflugsschiffen, ein Wohnmobilhafen, Bootsfahrschulen und der Bootsverkehr auf dem Wasser laden zum Schauen, Bummeln und Verweilen ein.

Der Autor ist Bürgermeister der Stadt Bergkamen und als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Mitglied im Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Mehr über seinen Lieblingsort unter [www.yachthafen-marina-ruenthe.de](http://www.yachthafen-marina-ruenthe.de).

## Der Rosenheimer Platz – mein Tor zur Stadt Von Anina Bühler



Ob ich etwas aus dem Supermarkt, dem Bioladen, dem Asiamarkt oder ein Buch aus der Bibliothek brauche, einen Film in meinem Lieblingskino sehen oder Freunde treffen möchte. Ob ich im Sommer durch die Straßen oder im Winter auf dem Weihnachtsmarkt flanieren will. Oder einfach nur den schnellsten Weg zur Flughafen-S-Bahn nehme: Mein Weg führt zum Rosenheimer Platz. Es ist kein Paradies: Hier gibt es Autos – oft auch Staus – und keine wirkliche Platzfläche. Hier ist es nicht idyllisch und auch nicht modern, auch wenn in den letzten Jahren gute Architektur entstand. Aber wenn ich mit der Tram zum Rosenheimer Platz fahre, kann ich dem Trubel der Münchner Innenstadt entgehen und habe trotzdem alles, was ich brauche. Urbanität bedeutet für mich die Vielfalt an Möglichkeiten. Und hier trifft die Fußgängerzone von Haidhausen auf die Ausfallstraße in die Berge. Von hier aus hat man die Wahl zwischen Kleinkunst, großer Kulturbühne und Münchner Nachtleben. Und die Isar ist zum Greifen nah. Meine Wege kreuzen sich. Es ist mein Tor zur Stadt.

Die Autorin ist Mitarbeiterin im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München und u. a. zuständig für das Pilotprojekt Energiegerechte Stadtentwicklung München-Freiham.

## Was passiert vor Ort? Termine der Pilotprojekte

- **28.–30.10.2011, Leipzig, Spinnerei Leipzig**  
**Designers' Open, Das Festival für Design Leipzig**  
 Die diesjährige Messe für Design macht erste Schritte zur Umsetzung der Machbarkeitsstudie des Pilotprojekts "DO/Industry": Neben der Präsentation guten Designs für „Jedermann“ stellt die Messe gezielt Kontakte zwischen der Designszene und potenziellen Abnehmern aus der Industrie her.  
 Weitere Informationen: [www.designersopen.de](http://www.designersopen.de).
  
- **16.11.2011, 9.30–16.30 Uhr, Halle (Saale), Franckesche Stiftungen zu Halle, Franckeplatz 1, 06110 Halle (Saale)**  
**„Engagementförderung in Ostdeutschland“ – Fachtagung zum Abschluss des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011**  
 Die Fachtagung thematisiert die spezifischen Bedingungen und die besonderen Herausforderungen ehrenamtlicher Arbeit in den ostdeutschen Bundesländern. Anhand konkreter Praxisbeispiele werden Strategien der Engagementförderung des Bundes, der Länder sowie der Kommunen analysiert.  
 Weitere Informationen: [www.ejf-lsa.de](http://www.ejf-lsa.de).
  
- **22.11.2011, 10.00–16.00 Uhr, Viersen/Dülken, Social Business in der Stadtentwicklung**  
 Mit immobilienwirtschaftlichen Investitionen möchte die Dülkener Entwicklungs AG zur Stabilisierung der Dülkener Altstadt beitragen. Sie ist damit ein Beispiel für sozial engagiertes Unternehmertum und dessen Bedeutung für privates Engagement in der Stadtentwicklung. Anlass genug für eine Zwischenbilanz unter Einbeziehung weiterer Beispiele.  
 Weitere Informationen: [www.quaestio-fb.de](http://www.quaestio-fb.de).
  
- **28.11.2011, 18.00 Uhr, Hamburg, Hotel InterContinental**  
**Finale der Kampagne „Stadtspieler – 365 Ideen für Hamburg – Green Capital 2011“**  
 Beim strategischen Brettspiel Stadtspieler werden kreative Bau- und Nutzungsideen für den Stadtteil entwickelt. Ein Jahr lang wurde an verschiedenen Orten in Hamburg gespielt, und nun findet für die Kampagnenteilnehmer das Finale statt.  
 Weitere Informationen zur Kampagne: [www.stadtspieler.com/365ideen](http://www.stadtspieler.com/365ideen).
  
- **01.12.2011, 9.00–16.30 Uhr, Ammersbek, Haus am Schülberg, Wulfsdorfer Weg 33**  
**Quartier Gemeinde Sozialraum**  
 Über die Bedeutung des Lokalen. Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen sind grundsätzlich auch Teile der Stadt, der Stadtteile. Wie können sie eine Rolle als Partner bei der Gestaltung übernehmen?  
 Anmeldung bis zum 15. November erbeten an [info@akademie-nek.de](mailto:info@akademie-nek.de).
  
- **01.12.2011, Chemnitz, Konserviertes Stadtquartier Sonnenberg**  
**Öffentliches Fachforum „Eigentümerinitiativen, Altbaumanagement und wie weiter?“ des Vereins StadtHalten-Chemnitz e. V.**  
 Diskussion von Strategien der Eigentümerbeteiligung in von Leerstand betroffenen Stadtteilen mit verschiedenen Fachexperten.  
 Genauere Angaben zu Ort und Programm auf [www.stadthalten-chemnitz.de](http://www.stadthalten-chemnitz.de).
  
- **09.12.2011, 17.00–21.00 Uhr, Lingen (Emsland), Dorfgemeinschaftshaus Holthausen-Biene**  
**Bürger gestalten Gemeinde: Das „Zukunftsbüro Wabe“ in Lingen**  
 Die Tagung schildert die Arbeit des Zukunftsbüros vor Ort anhand von Praxisbeispielen und erörtert, wie dieses Modell auf andere Städte und Gemeinden übertragen werden kann.  
 Weitere Informationen: [www.evangelische-akademien.de/angebote/kirchefindetstadt](http://www.evangelische-akademien.de/angebote/kirchefindetstadt).
  
- **14.12.2011, Rheinforum Wesseling**  
**Rheinkonferenz 2011**  
 Behandelt werden soll u. a. die in einem komplexen Prozess entwickelte Rheincharta als informelles Instrument, die in neun Thesen Strategien für einen künftigen Umgang mit dem Fluss und seiner Umgebung formuliert.  
 Weitere Informationen: [www.regionale2010.de](http://www.regionale2010.de).



**Bildnachweis:**

Titel u. Innenseite vorne: Hormesdesign

S. 3: BMVBS

S. 4: LAG Niedersachsen

S. 5 o: Norbert Gladrow, m: Urbanizers

S. 6, 7: Urbanizers

S. 8/9 o: Chaled Schmidt, 8 m: Urbanizers

S. 10: Urbanizers

S. 11: nexthamburg

S. 12 o: DO/Industry, u: UrbanPlan GmbH

S. 16: RGS Rostocker Gesellschaft für

Stadterneuerung, Stadtentwicklung und  
Wohnungsbau mbH

S. 17: Planungsgruppe Stadt + Dorf

S. 18 o: Karl Naujoks, u: ZwischenZeitZentrale

S. 19 o: Karen Krätschmer, m: Görlitz

Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau

S. 20, 21: Urbanizers

S. 22, 23: Winfried Reinhardt

S. 24 v.l.n.r.: BürgerStiftung Ludwigshafen,  
BürgerStiftung Achim, Andreas Kaufmann

S. 25 o: Stadt Bergkamen, u: Anina Bühler

Innenseite hinten: Planungsgruppe Stadt + Dorf

Leider war es nicht in allen Fällen möglich,  
die Inhaber der Bildrechte zu ermitteln.

Es wird deshalb gegebenenfalls um

Mitteilung an die Herausgeber gebeten.



**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



**Herausgeber**

Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

**Bearbeitung**

Urbanizers  
Büro für städtische Konzepte  
Corinna Kennel, Marie Neumüllers,  
Anne Schmedding, Lutz Wüllner

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung (BBR)  
Christiane Kalka,  
Stephan Willinger

**Gestaltung und Satz**

re-do.de, Dessau  
Doreen Ritzau

**Druck**

Druckerei Conrad GmbH, Berlin

**Bestellungen**

[nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de](mailto:nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de)

**Nachdruck und Vervielfältigung**

Alle Rechte vorbehalten

Oktober 2011